



2013

Jahresbericht
Annual Report

Perspektiven 2014
Perspectives 2014

TEILHABE
SCHRIFFT FÜR BILDUNG
SOZIALE
DEMOKRATIE
EGRATION ZUKUNFT
WANDEL EUROPA
CHANCEN
MENHALT FRIEDEN
SICHERHEIT

Zahlen und Fakten 2013

Facts and Figures 2013

617

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bonner und Berliner Häusern, den Akademien, Landes- und Regionalbüros sowie im Ausland

employees in our main offices in Berlin and Bonn, at our political academies, regional and state offices in Germany, and offices throughout the world

985.000

Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung

volumes in the largest specialized library on the history of the German and International Labor Movement

2.600

Bildungsveranstaltungen, Diskussionsforen, Fachtagungen und Ausstellungen, mit über 200 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Deutschland

educational seminars, discussion forums, expert conferences, and exhibitions, which attract over 200 000 participants in Germany

47.000

lfm

Schriftgut im traditionsreichsten Archiv aller deutschen politischen Stiftungen zur Geschichte der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, ihrer Persönlichkeiten und anderer emanzipatorischer Bewegungen

of documents demonstrating the rich tradition and history of Social Democracy, the trade unions, and other emancipatory movements and their leading personalities

107

Auslandsbüros arbeiten an der Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit

foreign offices work for the promotion of democracy and social justice

2.730

Studierende und Promovierende gefördert, davon etwa 310 aus dem Ausland

graduate, undergraduate, and PhD students supported with financial assistance and programs, of whom approximately 310 come from abroad

Jahresbericht 2013 / **Annual Report 2013**
Perspektiven 2014 / Perspectives 2014

Inhalt / Content

FES

- 04 Der Sozialen Demokratie verpflichtet
Committed to Social Democracy

Vorwort

- 06 Vorwort zum Jahresbericht 2013
Preface to Annual Report 2013
- 10 2013 in Bildern
2013 in Pictures

Strategische Ziele

- 17 Die politische Erneuerung der Sozialen Demokratie fördern
- 20 Politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- 24 Die Globalisierung sozial gestalten

- 28 Die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten
- 34 Den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen

Pressespiegel

- 37 Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Spiegel der Presse

Arbeitsbereiche

- 50 Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland
- 51 Politische Bildung und Beratung
- 56 Die Auslandsbüros der FES
- 58 Die Internationale Arbeit der FES
- 61 Wissenschaftliche Arbeit
- 64 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

-
- 65 Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Anhang

- 68 Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 70 Jahresabschluss zum 31.12.2012
- 76 Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- 77 Mitglieder des Vorstandes
- 78 Mitglieder des Vereins
- 80 Mitglieder des Kuratoriums
- 81 Mitglieder des Auswahl-ausschusses
- 82 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten
- 90 Anschriften
-
- 92 Impressum

Der Sozialen Demokratie verpflichtet

Wer wir sind

1925 als politisches Vermächtnis Friedrich Eberts gegründet, ist die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) heute die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik und der Erkenntnis, dass nur eine gelebte Demokratie auch eine starke Demokratie ist, regte der Sozialdemokrat Friedrich Ebert die Gründung einer politischen Stiftung an. »Demokratie braucht Demokraten«, dieser Überzeugung Eberts fühlt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auch heute – 89 Jahre später – verpflichtet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Teil der sozialdemokratischen Wertefamilie und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Soziale Demokratie erweitert und festigt politisches Handeln durch Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Soziale Demokratie ist im Alltag gelebte Demokratie für alle, auch für die sozial Schwachen.

Diesen Ideen und Grundwerten fühlen wir uns zutiefst verbunden. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und befördern den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart.

Was wir tun

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist bundesweit mit 13 Landes- und Regionalbüros und einer Akademie sowie den Zentralen in Bonn und Berlin vertreten. Darüber hinaus werden zwei weitere Einrichtungen der politischen Bildung gefördert. Der Erfolg des internationalen Engagements beruht nicht zuletzt auf dem weltweiten Netz von 107 Auslandsbüros und Regionalprojekten.

Den Stiftungsauftrag der Förderung und Stärkung von Demokratie erfüllen wir mit unserer Politischen Bildung, der Politikberatung sowie der Internationalen Zusammenarbeit. Wir agieren an den Schnittstellen von politischer Praxis, Wissenschaft, Gewerkschaftsbewegung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Ein zentrales Anliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Förderung begabter Studierender und Promovierender aus dem In- und Ausland. Durch die besondere Berücksichtigung junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung.

Das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung bewahren das kollektive Gedächtnis und historische Fundament von Sozialdemokratie und Gewerkschaften und machen diese der Öffentlichkeit zugänglich.

Committed to Social Democracy

Who we are

Founded in 1925 as the political legacy of Friedrich Ebert, the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is today the oldest political foundation in Germany.

Faced with the impending collapse of the Weimar Republic and the recognition that only an active democracy is also a strong democracy, the Social Democrat Friedrich Ebert instigated the establishment of a political foundation. 89 years later, the Friedrich-Ebert-Stiftung is still committed to Ebert's conviction that »democracy needs democrats«.

The Friedrich-Ebert-Stiftung views itself as part of the social democratic family of values and the Labour Movement in Germany and the world. Social Democracy extends and consolidates political action through justice, solidarity and freedom. Social Democracy is everyday democracy experienced by everyone – including the socially disadvantaged.

We feel deeply bound to these ideals and basic values. As a non-profit institution, we act independently and encourage pluralistic dialogue on the prevailing challenges for the society.

What we do

The Friedrich-Ebert-Stiftung is represented throughout Germany with 13 regional and state offices, an academy and the main offices in Bonn and Berlin. In addition two more institutions of political education are supported. The success of our international engagement is due in no small part to our global network of 107 offices and regional projects.

We pursue the foundation's mission to promote and strengthen democracy by providing political education, political advice as well as international collaboration. We are active at the interfaces between political practice, science, the trade union movement, civil society and the economy.

A central aim of the Friedrich-Ebert-Stiftung is to foster gifted students and postgraduates from Germany and abroad. By particularly focusing on young people with a migration background as well as from poorly educated and economically deprived families, we make an important contribution to promoting equal opportunities in facilitating access to education.

The Friedrich-Ebert-Stiftung's Archive of Social Democracy and its library preserve the collective memory and historic foundations of Social Democracy and trade unions, and make these accessible to the public.

Vorwort zum Jahresbericht 2013



Kurt Beck, Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
Chairman of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-Ebert-Stiftung

2013 war ein besonderes Jahr für die deutsche Sozialdemokratie und für die Friedrich-Ebert-Stiftung: Das 150. Gründungsjubiläum der SPD und die Bundestagswahl gaben Anlass, über die zukünftigen Herausforderungen der Sozialen Demokratie mit Partnern in Deutschland und weltweit zu reflektieren. Die Wanderausstellung der FES »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!« machte den elementaren Beitrag dieser großen und traditionsreichen Partei für die Entwicklung unseres Landes deutlich. Höhepunkt des Jahres war der Jubiläumsakt am 23. Mai mit der Sonderausstellung im Leipziger Gewandhaus, der auch Bundespräsident Joachim Gauck einen Besuch abstattete. Wie können der Sozialen Demokratie neue Impulse gegeben werden? Darüber wurde in Leipzig mit Parteispitzen aus 50 Ländern beraten. Mit Führungen, Diskussionen, Filmabenden, Buchlesungen, neuen Seminartypen und Materialien – vieles davon für die Netzgemeinde konzipiert – haben wir das Jubiläum begleitet. Intensive Debatten zu den politischen Werten der Sozialen Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – wurden angestoßen. Ein zentrales Forum war hier die FES-Sommeruniversität in Potsdam. Politisch Engagierte und Interessierte, Stipendiatinnen und Stipendiaten nutzten die Möglichkeit, mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ins Gespräch zu kommen. Diskutiert wurde etwa die schlichte Frage: Was bedeutet Gleichheit?

Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenwirken

Gerade in Wahljahren ist die Chance groß, Bürgerinnen und Bürger mit politischer Bildung zu erreichen und so Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenzuwirken. Mit Blick auf die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland haben wir eine Studie über Nichtwähler in Auftrag gegeben, die im Juni auf der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde und die öffentliche Debatte geprägt hat. Zeitungen, Radiosender und Internetportale aus dem gesamten Bundesgebiet berichteten über die zentralen Befunde, und auch wir zogen aus den Ergebnissen Schlüsse für unsere gesellschaftspolitische Arbeit.

Zu unseren Kernaufgaben gehören die Motivierung zu ehrenamtlichem Engagement, zur Übernahme politischer Verantwortung und die Vermittlung der dazu notwendigen Kompetenzen. Unsere Veranstaltungen, Publikationen und Online-Angebote griffen

Preface to Annual Report 2013

2013 was a special year for German Social Democracy and for the Friedrich-Ebert-Stiftung: the 150th anniversary of the founding of the SPD and the parliamentary elections gave cause to reflect on the future challenges faced by Social Democracy with partners in Germany and across the world. The touring exhibition by the FES, »150 years of German Social Democracy. For Freedom, Justice and Solidarity!« clearly portrayed the essential contribution made by this great party, and one with a long tradition, to the development of our country. The high point of the year was the anniversary celebration on 23 May, with the special exhibition in the Gewandhaus in Leipzig, which was also attended by the German President, Joachim Gauck. How can we infuse Social Democracy with new ideas? This issue was debated in Leipzig by leading party members from 50 countries. We marked the anniversary with guided tours, discussions, film evenings, book readings, new types of seminars and materials – many of which were designed for the Internet community. Intensive debates were triggered on the political values of Social Democracy – freedom, justice and solidarity. Here, a central forum was the FES summer university in Potsdam. People who were active or interested in politics and scholarship holders made use of the opportunity to get involved in discussions with representatives from the world of politics, business, academia and society. One simple question that was debated, for example, was: what does equality mean?

Counteracting disenchantment with politics and democracy

During election years in particular, the chances are high of reaching out to citizens with political education, and in so doing, of counteracting the lack of interest in politics and democracy. With a view to the decrease in voter participation that has been observed in Germany for years, we commissioned a study on non-voters, which was presented in June at the Federal Press Conference and which has played a defining role in public debate. Newspapers, radio stations and Internet portals from across the Federal Republic reported on the key findings of the report, and we also drew conclusions from the results for our social and political work.

Our core tasks include encouraging people to do voluntary work, to take on political responsibility and to provide them with the skills needed for this purpose. Our events, publications and online offers addressed current socio-political topics and issues and were in demand not least for this reason. This year, we also made stronger efforts to attract new participant groups. With dialogue formats such as poetry slams and speed dating, through discussions at public meeting places – the barcamps – or with seminars for school pupils with the motto »Save the Elections!«, we succeeded in many places in arousing interest in politics and an active commitment to democracy. We are proud of the fact that during the last parliamentary election, 43 candidates were former FES scholarship holders. 23 succeeded in being elected to parliament, of whom 10 did so for the first time.

The debate surrounding violence on the extreme right remains a key concern, not least in view of the successes enjoyed by right-wing populist parties in Europe. This year, the much-lauded anthology, »Right-Wing Extremism in Europe« was published. In the book, the President of the European Parliament, Martin Schulz, underlined the importance of a shared, democratic and diverse Europe. On this point, one can only agree with him. The findings of the publication provided food for debate, for example in Ukraine, Romania and Israel.

aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf und waren nicht zuletzt deshalb gefragt. Verstärkt haben wir in diesem Jahr um neue Teilnehmergruppen geworben. Mit Dialogformaten wie Poetry Slams und Speed Dating, durch Diskussionen an öffentlichen Treffpunkten – den Barcamps – oder mit Seminaren für Schülerinnen und Schüler unter dem Motto »Rettet die Wahlen!« gelang es vielerorts, das Interesse an Politik und für ein Engagement für die Demokratie zu wecken. Stolz macht uns, dass bei der letzten Bundestagswahl 43 ehemalige FES-Stipendiatinnen und Stipendiaten kandidiert haben. 23 konnten in den Bundestag einziehen, davon 10 zum ersten Mal.

Die Auseinandersetzung mit rechter Gewalt bleibt ein zentrales Anliegen, nicht zuletzt mit Blick auf die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa. In diesem Jahr erschien der viel beachtete Sammelband »Rechtsextremismus in Europa«. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, unterstreicht darin die Bedeutung eines gemeinsamen, demokratischen Europas der Vielfalt. Darin kann man ihm nur beipflichten. Die Erkenntnisse der Publikation boten Gesprächsstoff, etwa in der Ukraine, in Rumänien und in Israel.

Nachhaltige Wirtschafts- und Wachstumsmodelle gesucht

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zog sich als roter Faden durch die Arbeit: in der Beratung und Unterstützung von Gewerkschaften, in der Erarbeitung von innovativen Konzepten für den Sozialstaat, in kontroversen Foren zur Geschlechterpolitik oder in der internationalen Entwicklungs- und Klimadebatte. Unser Anliegen war es, engagierte Nachwuchskräfte einzubinden. Beim »Worker's Youth Festival« in Dortmund oder dem »Youth Social Forum« in Jerewan wurde deutlich, dass junge Menschen sich für Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität einsetzen wollen.

Finanz-, Wirtschafts- und Umweltkrisen, rigide Sparpolitiken, die Prekarisierung der Arbeitsmärkte und die steigende gesellschaftliche Ungleichheit zeigen weltweit, dass der Marktradikalismus nicht in der Lage ist, gerecht verteilten und nachhaltigen Wohlstand für alle zu garantieren. Die Zukunft der Euro-Zone und die Suche nach alternativen und nachhaltigen Wirtschafts- und Wachstumsmodellen standen weiterhin auf unserer Agenda. Mit der Energiewende haben wir uns zudem einer aktuellen Herausforderung angenommen – nicht nur in Europa, auch in den Regionen des Mittleren Ostens und Nordafrikas sowie in Foren der globalen Politik. Gute Arbeit und faire Löhne, starke und unabhängige Gewerkschaften – dafür engagieren sich alle FES-Büros und Projekte. International ist es wiederholt gelungen, Gewerkschaften in wichtigen Fragen zu vernetzen, gemeinsame Positionen für europäische und globale Politik zu formulieren und politische Initiativen, etwa zu Kernarbeitsnormen, zu bewirken. Gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit erarbeiteten engagierte Jugendliche aus ganz Europa auf mehreren Konferenzen konkrete Lösungsvorschläge und bewarben sie selbst bei politisch Verantwortlichen.

Weltumspannendes Netzwerk

Unverzichtbare Grundlage für unsere internationale Arbeit ist unser weltumspannendes Netzwerk von Büros und Regionalprojekten. Regelmäßige Foren und langfristige Arbeitslinien ermöglichen erst die enge Vernetzung von Politik und Gewerkschaften, den Austausch von Ideen und Konzepten sowie die Entwicklung von Strategien und Lösungsansätzen für progressive Politik. Aktuelle Entwicklungen in Myanmar und in Bangladesch haben wir zum Anlass genommen, unsere Präsenz vor Ort auszubauen. Die Arbeit ist hier bereits in vollem Gange, die offiziellen Büroeröffnungen sind für 2014 angesetzt.

Wanted: sustainable economic and growth models

The demand for social justice ran like a red thread through the entire work: in the advice and support offered to trade unions, in the development of innovative concepts for the welfare state, in controversial forums on gender politics or in the international debate on development and climate. Our aim was to involve committed young people. At the »Workers' Youth Festival« in Dortmund or the »Youth Social Forum« in Yerevan, it became clear that young people are keen to make an active contribution to promote the rule of law, social justice, freedom and solidarity.

Financial, economic and environmental crises, rigid austerity policies, increasingly precarious labor markets and growing social inequality demonstrate worldwide that market radicalism is unable to guarantee fairly distributed and long-term prosperity for all. The future of the Eurozone and the search for alternative and sustainable economic and growth models remained important items on our agenda. With the energy transition, we have also taken on a current challenge – not only in Europe, but also in the Middle East and northern Africa, as well as in global policy forums. Decent work and fair wages, and strong and independent trade unions: this is what all FES offices and projects are committed to achieving. At an international level, we have repeatedly succeeded in networking trade unions on important issues, formulating joint positions for European and global policy, and setting in motion political initiatives on issues such as core labor standards. At several conferences, committed young people from across Europe developed specific recommendations to counteract high youth unemployment, and presented them to persons with political authority themselves.

Global network

Our global network of offices and regional projects provide an indispensable basis for our international work. Regular forums and long-term work plans make close networking between politicians and trade unions possible, as well as the exchange of ideas and concepts and the development of strategies and solution approaches for progressive politics. The current developments in Myanmar and Bangladesh have led us to expand our presence on site there. Here, work is already fully underway, and our offices are due to be officially opened in 2014.

The success of our work also rests on our personal contacts, which have been developed over many years, and on the high degree of trust that has been created as a result. The extension of the cooperation agreement with the »Chinese Association for International Understanding« was a milestone and a good reason to pay a visit to our Chinese partners.

At the end of the year, the FES again looked back to the past. In December, we also formally honoured the 100th birthday of Willy Brandt. Conferences in Bonn, Paris, Washington and Berlin with colleagues, authors and publicists paid tribute to the political impact of this great Social Democrat and proponent of global peace, development and democracy. In the discussions, it repeatedly became clear how up to date and valid Brandt's views and political principles still are today.

Thanks to the good cooperation between the board of directors, the general members' meeting and the board of trustees, our highly motivated and qualified staff, and our close contacts to partners in Germany and across the world, we are confident that we will continue to be able to make our contribution for the renewal of Social Democracy. Our thanks go to all those who have supported us and who are involved in our work!

Der Erfolg unserer Arbeit beruht auch auf langjährigen persönlichen Kontakten und dem hieraus entstehenden hohen Maß an Vertrauen. Die Verlängerung des Kooperationsabkommens mit der »Chinese Association for International Understanding« war ein Meilenstein und ein guter Grund, unsere chinesischen Partner zu besuchen.

Zum Ende des Jahres blickte die FES erneut zurück: Auch den 100. Geburtstag Willy Brandts im Dezember haben wir festlich gewürdigt. Konferenzen in Bonn, Paris, Washington und Berlin erinnerten mit Weggefährten, Autoren und Publizisten an das politische Wirken dieses großen Sozialdemokraten und Denkers für globalen Frieden, Entwicklung und Demokratie. In den Diskussionen wurde immer wieder deutlich, wie aktuell und gültig Brandts Gedanken und politische Grundsätze auch heute noch sind.

Die gute Zusammenarbeit von Vorstand, Mitgliederversammlung und Kuratorium, hoch motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie enge Verbindungen zu unseren Partnern in Deutschland und weltweit machen uns zuversichtlich, unseren Beitrag für die Erneuerung der Sozialen Demokratie weiter leisten zu können. Unser Dank gilt allen, die uns unterstützen und daran teilhaben!

01 »So wollen wir leben!« Der Bericht des Fortschrittsforums – präsentiert von Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Leiter des International Resource Panel des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Angelika Gifford, Leiterin des Bereiches Public Sector bei Microsoft Europe und Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin.

02 Veranstaltung in Paris anlässlich des 100. Geburtstages von Willy Brandt: Zu Gast u.a. der frühere französische Premierminister Lionel Jospin und der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser.

03 Zum Verhältnis von Nationalstaat und Europäischer Gemeinschaft: Professor Egon Bahr beim Gesprächskreis Geschichte.

04 Gespräch über die Entwicklung in der chinesischen Innenpolitik: Kurt Beck und Dr. Roland Schmidt mit Ji Bingxuan und Vizeminister Li Jinjun, Mitglieder des Zentralkomitees der KP China.

05 Die Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Frances O'Grady, bescheinigte der Politik in Europa die »falschen Krisenkonzepte«.

06 Fundierte Analysen zu Entwicklungen des politischen Islam: Die Mitbegründerin des American Islamic Congress, Zainab Al-Suwaji.

07 Politische Perspektiven der skandinavischen Sozialdemokratie: Der norwegische Finanzminister Johnsen zu Gast.

08 Eine der ältesten Bewegungen der Sozialen Demokratie der Welt in Tschechien: Zum ersten Mal wurde ihre 135-jährige Geschichte in einer Ausstellung dokumentiert: Matthias Platzeck beim Rundgang in Prag.

09 Gespräch über die transatlantische Arbeit der FES: US-Governor Howard Dean, 2003 Kandidat im Vorwahlkampf der Demokratischen Partei, traf Kurt Beck und Dr. Roland Schmidt.

10 Für sein Buch »Der Europäische Landbote« wurde dem österreichischen Romancier Robert Menasse der Preis »Das politische Buch« verliehen. Die Laudatio hielt Peer Steinbrück.

11 Die Autoren präsentieren ihr Eckpunktepapier einer Strategie für Friedensförderung und Konflikttransformation: Dr. Andreas Wittkowsky (ZfF), Edelgard Bulmahn, Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Giessmann, Marius Müller-Hennig.



01



05



09



2013 in Bildern 2013 in Pictures





12



13



14



04



08



20



21



12 Nachdenkliches zur Zukunft der internationalen Strafjustiz: Hans-Peter Kaul, Richter am Internationalen Strafgerichtshof.

13 Überall sichtbar: Die FES erzielt hohe Aufmerksamkeit beim Weltsozialforum.

14 Der libanesischer Staatspräsident Michel Sleiman empfing eine Delegation der FES zum Meinungsaustausch. U.a. mit Rolf Mützenich, MdB und Heidemarie Wiczorek-Zeul, ehem. Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

15 Preis »Goldene Brücken des Dialogs«: Der FES-Vorsitzende Kurt Beck wurde für sein herausragendes Engagement um die deutsch-polnischen Beziehungen geehrt.

16 »The State of the European Union«: Der ehemalige spanischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Diego López Garrido, überreicht die Publikation an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz.

17 Legte seine Erwartungen an die EU dar: Myanmars Außenminister Wunna Maung Lwin.

18 Argentinische und bolivianische Gewerkschafterinnen entwickeln Strategien gegen »Mobbing«.

19 Eröffnung der Wanderausstellung »150 Jahre Sozialdemokratie« in der Frankfurter Paulskirche: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer skizzierte 150 Jahre deutscher Geschichte.

20 Wie können sich Frauen international solidarisieren? Die zentrale Fragestellung der FES-Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages.

21 Gespräch über gewaltlosen Widerstand: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zu Besuch bei Mustafa Barghouthi, Generalsekretär der sozialdemokratisch ausgerichteten palästinensischen Partei Al Mubadara.

22 Zehn Jahre Agenda 2010: Beteiligte ziehen Bilanz: Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier und Edmund Stoiber.

23 Thesen am Verfassungstag: Prof. Gesine Schwan, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance und Prof. Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts in der Diskussion.

Strategische Ziele

**17 Die politische
Erneuerung der Sozialen
Demokratie fördern**

**20 Politische Teilhabe und
gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken**

**24 Die Globalisierung
sozial gestalten**

**28 Die Wirtschafts-
und Sozialordnung gerecht
gestalten**

**34 Den Dialog zwischen
Gewerkschaften
und Politik vertiefen**

Die politische Erneuerung der Sozialen Demokratie fördern

Zu den zentralen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gehört die Vermittlung von Zukunftskonzepten und Politikkompetenzen. Wir entwickeln und fördern diese mit vielen Partnerinnen und Partnern auf Basis der Grundwerte der Sozialen Demokratie: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Den Erneuerungsprozess der Sozialen Demokratie in Deutschland und Europa begleiten wir intensiv, praxisnah und lösungsorientiert. Gleichzeitig unterstützen wir die Neuorientierung und Gestaltungskraft progressiver Parteien und gesellschaftlicher Strömungen weltweit. Unser Bildungsangebot ist offen für alle; unsere Beratungsarbeit an alle gesellschaftlichen Kräfte gerichtet, die für Soziale Demokratie eintreten.

Wertedebatte und Politikkompetenz

Das Gründungsjubiläum der Sozialdemokratie und die Bundestagswahl waren 2013 Anlass, über die zukünftigen Herausforderungen der Sozialen Demokratie mit Partnern in Deutschland und weltweit zu reflektieren. Im Anschluss an die große Festveranstaltung im Mai, stellte sich der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel zusammen mit Repräsentanten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft den kritischen Fragen im »Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig« der FES.

In der Sommeruniversität in Potsdam führten wir Stipendiatinnen, Stipendiaten und andere politisch engagierte junge Erwachsene mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen, um politische Grundwerte auszuloten. Die dort gestellte Frage » Was bedeutet Gleichheit?« erörterten unter anderem Peer Steinbrück, Julian Nida-Rümelin, Gesine Schwan, Jutta Allmendinger, Helga Grebing, Michael Hüther und Gustav A. Horn. Auch bei der ersten Thüringer Sommerakademie griffen jüngere politisch Aktive, erfahrene Politiker_innen und Wissenschaftler_innen Fragen nach künftigen Zielen und Werten der Sozialen Demokratie auf.

Mit Angeboten zur Weiterbildung für Aktive im politischen Ehrenamt und Mandatsträger_innen auf unterschiedlichen Ebenen leisten wir unseren Beitrag dafür, dass Demokratie funktionieren und politische Kultur sich in der Praxis entfalten kann: zum Beispiel mit Trainings in Rhetorik, Argumentations-, Gesprächs- und Verhandlungsführung.

Im Kontext der rückläufigen Wahlbeteiligung steht die Studie »Nichtwähler in Deutschland«, mit der es gelungen ist, die öffentliche Debatte im Wahljahr maßgeblich zu prägen. Zeitungen, Radiosender und Internetportale aus dem gesamten Bundesgebiet widmeten sich intensiv den zentralen Befunden dieser Veröffentlichung.



01 Vorsitzender Kurt Beck im Interview mit dem journalistischen Nachwuchs auf der Sommeruniversität »Gleichheit. Jetzt« in Potsdam.

02 03 Auf 16 Einführungsseminaren wurden die neu aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten im FES-Netzwerk begrüßt.

Reformansätze und Zukunftsfragen

Parteien haben eine Schlüsselfunktion bei der Ausgestaltung demokratischer Prozesse. Wir wollen Parteien stärken und ihre Ausrichtung im Sinne der Sozialen Demokratie fördern. Für Vertreter_innen progressiver politischer Strömungen im Globalen Süden bleiben die Entwicklungen im Mitte-Links-Spektrum in Europa ein wichtiger Referenzpunkt.

Insbesondere unter instabilen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, wie zum Beispiel im Mittleren Osten, wurden Grundlagen von Parteiarbeit gestärkt. Europa-weit hat aus sozialdemokratischer Perspektive das Thema direkte Demokratie an neuer Relevanz gewonnen. Eine FES-Studie, erstellt von Professor Wolfgang Merkel (WZB), bietet eine vergleichende Analyse der Erfahrungen in einzelnen Ländern. Gleichzeitig hat sich der »Gesprächskreis Soziale Demokratie in Europa« zu einer anerkannten Diskussionsplattform zur Erörterung von Zukunftsfragen auf europäischer Ebene etabliert.

Mit Blick auf organisatorische, strategische und programmatische Entwicklungen in den sozialdemokratischen Parteien Europas liefert der »Monitor Soziale Demokratie« Analysen und Einschätzungen zu aktuellen Trends. 2013 standen Österreich, Australien, Italien, Schweden und die Slowakei im Zentrum der Betrachtungen. Die Rekrutierungs- und Mobilisierungsstrategien der europäischen Volksparteien nimmt eine aktuelle Studie in den Blick.

Was Nichtwähler über Politik denken

Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt seit Jahren. Warum Bürgerinnen und Bürger der Wahl fernbleiben ist aber bislang kaum bekannt. Unklar ist deshalb auch, ob Wahlenthaltung als ein Zeichen von Politikverdrossenheit oder sogar Demokratiemüdigkeit verstanden werden muss. In diese Wissenslücke stößt die aktuelle Studie »Nichtwähler in Deutschland« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Für die im Juni 2013 erschienene Studie hat das Meinungsforschungsinstitut forsa rund 3.500 Nichtwähler_innen der vergangenen fünf Bundestagswahlen befragt. Dabei zeigte sich, dass Nichtwähler nicht automatisch politikfern sind, sondern sich zu 61% für Politik interessieren, zu 77% Wahlen als hohes Gut betrachten und nur zu 32% meinen, durch die Stimmabgabe könne man nichts ändern.

Nicht jeder Nichtwähler bleibt allen Wahlen fern, sondern nur rund 14% haben als »Dauernichtwähler« seit 1998 an keiner Bundestagswahl teilgenommen. Knapp die Hälfte der Befragten (46%) hat demgegenüber nur einmal nicht gewählt. Der Vergleich dieser Gruppen zeigt, dass wiederholte Nichtwahl durchaus zu Politikferne bis hin zur Demokratiedistanz führt: Je häufiger jemand nicht gewählt hat, desto unzufriedener ist er mit der Politik und umso kritischer sieht er die Demokratie. Unter den sogenannten »Dauernichtwählern« sind dabei über-

durchschnittlich häufig Angehörige weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen zu finden. Das bedeutet, dass eine zunehmende Schieflage bei der sozialen Repräsentanz von Wahlentscheidungen entsteht.

Die deutliche Mehrheit der Nichtwähler (71%) nennt die Unzufriedenheit mit den personellen und inhaltlichen Angeboten der Parteien sowie eine generelle politische Unzufriedenheit als Grund für die Nichtwahl. Persönliche oder formale Gründe, wie das zu komplizierte Wahlsystem oder schlechtes Wetter werden deutlich seltener (18%) genannt.

Lässt sich also etwas tun? Die befragten Nichtwähler selbst geben die Antwort: Sie wünschen sich in großer Mehrheit von 87% eine Politik, die sich um ihre Anliegen kümmert. Und fragt man sie danach, was dieses »Kümmern« genau meint, nennen sie als ihre politischen Prioritäten ein gutes Schul- und Bildungssystem (83%), ein funktionierendes Gesundheitssystem, die Sicherung der Altersvorsorge (je 68%) sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen (63%). Die gute Nachricht der Studie lautet daher, dass Nichtwähler durchaus wieder zum Gang an die Wahlurne motiviert werden können, wenn sie die Angebote in den ihnen wichtigen Politikfeldern überzeugen.

Politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Gleiche Chancen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft sind, neben bürgerlichen und politischen Grundrechten, Wesenskern der Sozialen Demokratie. Wir setzen mit unseren Bildungsangeboten, Dialogforen, Netzwerken, Analysen und Beratungsprozessen auf gesellschaftliche Solidarität: gegen Politikverdrossenheit, gegen gesellschaftliche Spaltung, Intoleranz und rechtsextreme Einstellungen. Durch unsere Arbeit fördern und beraten wir all diejenigen, die sich im Sinne der Sozialen Demokratie für mehr politische Teilhabe – gerade auch der Schwächeren – engagieren und für gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten wollen.

Engagement in Zivilgesellschaft und Kommunen

Ein Kernauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, mehr Menschen zur Teilhabe an politischen Prozessen zu motivieren sowie Engagierten zu ermöglichen, sich kompetent einzubringen und politische Prozesse zu gestalten. Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger findet den Zugang zur Politik auf der lokalen Ebene. Wir fördern daher Ehrenamt und Engagement in der Kommunalpolitik besonders stark. Hier setzte die Arbeit der Kommunalakademie an. Mit zirka 80 Seminaren, Workshops und Fachforen haben deren Angebote auch 2013 dazu beigetragen, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit Ehrenamtlicher in der Kommunalpolitik zu verbessern.

Eine Fachtagung der Akademie Management und Politik (MuP) erörterte, wie ehrenamtliche Führungskräfte für die Arbeit in Vorständen gewonnen werden können. Mit Angeboten zum Veränderungsmanagement zeigten wir zivilgesellschaftlichen Organisationen Wege auf, ihre Innovationsfähigkeit zu stärken.

Die zunehmenden Anforderungen bedingen eine wachsende Angebotspalette: In Hessen wurden Kompetenztrainings zum Projektmanagement durchgeführt, in Schleswig-Holstein und Bremen Formate für politisch engagierte Frauen ausgebaut. Zur Förderung der politischen Teilhabe von Menschen im ländlichen Raum, wurden in Mecklenburg-Vorpommern in sieben Workshops sogenannte Engagement-Lotsen ausgebildet, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken.

Junge Ideen für Politik und Gesellschaft

Politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss aktiv durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit gefördert werden. Veranstaltungen zur Unterstützung der Arbeit von Schülervertretungen gehören zu unserem Standardangebot.

Oft genutzte Methoden sind Planspiele und Politiksimulationen zu den Themen Demokratie, Europa, Vereinte Nationen, Globalisierung sowie Wirtschafts- und Umweltpolitik.

»Sieh genau hin... Das Leben ist ein Farbfilm«

Politische Botschaften in der Popmusik

Was haben der Mann mit Turban und Vollbart, der Typ mit Narben im Gesicht und Pitbull an der Leine und die Frau, die für Kinder im Sudan spendet, gemeinsam? Eigentlich nichts. So erscheint es zumindest. Doch schaut man genauer hin und lässt sich nicht von der Oberfläche täuschen, sind diese drei Menschen nicht das, als was sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Der Mann mit Turban hat natürlich keine »Bombe unterm Arm«. Im Gegenteil, er »hat drei Kinder, hütet das Gesetz«. Der vernarbte Hundebesitzer schlägt nicht zu, sondern kümmert sich um kranke Menschen. Und die Frau, die sich nach außen hin tolerant und weltoffen gibt, verbietet ihren eigenen Kindern den Umgang mit Ausländern. Über alle drei wird zu schnell geurteilt, im Guten wie im Schlechten.

Solche Vorurteile verarbeiteten 24 Schülerinnen und Schüler der Abendrealschule Bonn in ihrem selbstverfassten Song »Sieh genau hin«, den sie zusammen mit 4 Musikpädagogen und professionellen Musikern bei einer zweitägigen Musikwerkstatt geschrieben, aufgenommen und in einem kurzen

Videoclip festgehalten haben. Die Schülerinnen und Schüler waren frei in ihren Entscheidungen, welche politischen Botschaften ihnen wichtig sind, die sie in ihrem Song verarbeiten wollen. In den drei Untergruppen Text, Musik und Video wurde zwei Tage lang an Versen und Reimen gefeilt, gemeinsam musiziert und gesungen und über die besten Effekte und Einstellungen für den Videoclip gefachsimpelt.

Am Ende des Workshops standen schließlich der Song und die damit verbundene Aufforderung, eben genau hinzuschauen und nicht zu schnell über andere zu urteilen. Oder, wie die Schülerinnen und Schüler es im Refrain ihres Liedes metaphorisch ausdrücken: »Schau nicht mit den Augen, sieh genau hin/Dein Herz zeigt dir die Wahrheit/Denk nicht in Schwarz-Weiß, sieh genau hin/Das Leben ist ein Farbfilm«.

Die Musikwerkstatt ist eine Veranstaltungsreihe des Forums Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Wie wichtig der reguläre Sozialkunde- und Politikunterricht an Schulen ist, zeigt unsere Studie »Politikunterricht im Fokus«. Sie bietet eine empirische Grundlage für die Überprüfung der Curricula und die Bemühungen, Politik als verbindliches Schulfach im Fächerkanon zu verankern.

Durch Poetry Slams und Speed Dating, durch Diskussionen an öffentlichen Treffpunkten – den Barcamps – oder mit Seminaren für Schülerinnen und Schüler unter dem Motto »Rettet die Wahlen!« gelang es, politischem Desinteresse und der Wahlabstänzen eines jüngeren Publikums entgegen zu wirken.

Bessere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und politische Nachwuchskräfte zu fördern, ist ein besonderes Kompetenzfeld in unserer internationalen Arbeit. Im Mittelpunkt der Projekte und Programme steht die Generation der zukünftigen Entscheidungsträger_innen. Auf allen Kontinenten organisieren wir Kompetenztrainings sowie Vernetzungstreffen und bieten Unterstützung bei der Umsetzung eigener Projekte.

Auch unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten erwerben sich im Rahmen der ideellen Förderung politische Kompetenzen. Im vergangenen Jahr wurden rund 80 regionale Hochschulgruppentreffen und Veranstaltungen von den 30 stipendiatischen Arbeitskreisen in Eigenregie konzipiert und umgesetzt. Diese Mitgestaltung ist ein Alleinstellungsmerkmal, das uns von der Begabtenförderung anderer politischer Stiftungen unterscheidet.

Gegen Rechtsextremismus! – Für Demokratie

Die Auseinandersetzung mit rechter Gewalt bleibt eines der Kernanliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dies gewinnt besonderes Gewicht durch die Erfolge rechts-populistischer Parteien in Europa. Im Jahr 2013 erschien im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms »Ausstieg zum Einstieg« der Sammelband »Rechtsextremismus in Europa.«

Daneben haben wir mit einer Reihe von elf Länderanalysen auf den wachsenden Rechtsextremismus und -populismus im Osten Europas reagiert.

Zahlreiche Aktivitäten, vor allem im ländlichen Raum, bestimmten unser Engagement im Inland: Die Wanderausstellung »Demokratie stärken – Rechtsradikalismus bekämpfen« wurde bundesweit eingesetzt und von Fachtagungen, Seminaren, Workshops und öffentlichen Podiumsdiskussionen begleitet. Durch Gespräche mit Aussteigern aus der rechten Szene konnten besonders Schülerinnen und Schüler erreicht werden.

Über eine Reihe von Podiumsveranstaltungen haben wir in einigen sächsischen Städten zivilgesellschaftliche Gruppen mit Repräsentanten der Kommunen, Kirchen und Schulen zusammengebracht und so zum Erstarben von Bürgerinitiativen beigetragen.

Neue Perspektiven in der Integrations- und Geschlechterpolitik

Die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Initiativen in der Integrations- und Migrationspolitik greifen nach Ansicht des Gesprächskreises »Migration und Integration« zu kurz. Dieser legte deshalb ein 5-Punkte-Programm vor, das einen politischen Perspektivwechsel empfiehlt und für ein alle Menschen und Gruppen umfassendes Integrationsverständnis wirbt. In zahlreichen Regionalforen konnten politischen Mandatsträgern wichtige Anregungen und Lösungsansätze in zentralen Fragen der Integrationspolitik vermittelt werden. Praxishilfe boten wir auch in allen 16 Bundesländern mit einem politikberatenden Gutachten zu Partizipationsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund an.

Ohne die Gleichstellung der Geschlechter lassen sich zentrale Ziele der Sozialen Demokratie nicht verwirklichen. Frauenförderung und die Integration der Kategorie »Geschlecht« in alle Politikbereiche sind in unserer Arbeit weltweit fest verankert.

Mit unserem Engagement im Bereich der Geschlechterpolitik möchten wir die neuen Perspektiven im Zusammenhang mit veränderten Familienstrukturen, Rollenbildern und der demografischen Entwicklung deutlicher erkennbar machen.

Unser Angebot zum politischen Dialog über Geschlechterfragen ging auch neue Wege, um tendenziell politikferne Zielgruppen zu erreichen – etwa durch Kooperation mit dem Neuen Berliner Kunstverein, einem gemeinsam mit dem DGB und der IG BCE organisierten Barcamp oder mit der Beteiligung an der Auftaktveranstaltung der brandenburgischen Frauenwoche.



04 Kernanliegen der FES: »Engagiert gegen Antisemitismus«. Auf der gleichnamigen Veranstaltung spricht Rabbiner Daniel Alter.

05 Auf dem HH Filmfest wurde der eigenständige Preis »Der politische Film der FES« von Vertretern des Landesbüros übergeben.

06 Volles Haus beim Weltfrauentag in Berlin.

07 Das Zeitbudget wird knapp, deshalb werden »Ehrenamtliche Vorstände gesucht«. Auf der MuP-Fachtagung wurden Lösungen für diese Hindernisse im Ehrenamt gefunden.

Sexualisierte Gewalt und die Online-Initiative #Aufschrei standen in Berlin im Mittelpunkt einer Veranstaltung mit über 300 Gästen. Weitere 250 Interessierte nahmen vor Ort, an der Tagung »Sexismus und Rassismus ab_bloggen« teil – daneben verfolgten 7.000 Zuschauer_innen die Debatten im Livestream.

Medien und Kultur im Umbruch

Die Medien- und Kulturlandschaft steht vor großen strukturellen Veränderungen. Mit unterschiedlichen Angeboten wollen wir Grundlagen bieten, für den Verständigungsprozess zwischen Politik, Medien- und Kulturschaffenden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Mit dem »Forum Kunst + Kultur in NRW« boten wir Kreativen und Kulturbewegten eine Vernetzungsplattform. Im Verlauf des Jahres ging es um die Zukunft des Buches im digitalen Zeitalter und um die Frage: Macht Kultur glücklich?

Um Zukunftsfragen ging es auch im »Mitteldeutschen MedienDialog« in Leipzig: Die hochkarätigen Debatten drehten sich um Journalismus im Internet und den Spagat zwischen Information und Kommerz. Die Bedeutung der Zeitungen für die demokratische Willensbildung und die Konsequenzen ihres möglichen Verschwindens für das Gemeinwesen wurden in vielen Veranstaltungen erörtert.

Erstmals wurde im Rahmen des Hamburger Filmfests ein eigenständiger Preis der FES vergeben. Zu gleichen Teilen ausgezeichnet wurden der indische Regisseur Dylan Mohan Gray für »Fire in the Blood« sowie der iranische Regisseur Mohammad Rasoulof für »Manuscripts Don't Burn«. Mit dem neu geschaffenen Wettbewerb sollen Filmschaffende gefördert werden, die soziale und demokratische Werte in den Mittelpunkt ihrer Filme stellen

Die Globalisierung sozial gestalten

Wesentliches Ziel der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung. Aufgabe der politischen Bildung in diesem Kontext ist es dabei, wichtige Hintergründe zu analysieren und Zusammenhänge der internationalen Politik zu vermitteln. In unserer internationalen Arbeit beraten und gestalten wir die Globalisierungsprozesse im Sinne der Sozialen Demokratie mit. Unser weltweites Netz von Büros und Partnerorganisationen schafft die Voraussetzungen dafür, dass uns dies in vielen Regionen gelingt.

Menschenrechte unter Druck

Unser Engagement ruft in einigen Projektländern die Kritik staatlicher Institutionen hervor, die versuchen die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen zunehmend zu beschränken. Selten nötigen uns die Entwicklungen vor Ort, unsere Arbeit einzustellen. Das FES-Büro in Colombo jedoch musste im Oktober 2013 nach einer Kampagne gegen die deutschen politischen Stiftungen geschlossen werden. Die Entscheidung zum Rückzug aus Sri Lanka fiel uns nicht leicht, angesichts der fast 50-jährigen Arbeit der FES in diesem Land.

Nicht nur das Engagement politischer Stiftungen stößt auf Schwierigkeiten. Nichtregierungsorganisationen geraten in vielen Ländern zunehmend unter Druck. Zudem stoßen sie im Menschenrechtsrat auf institutionelle Schwierigkeiten sich Gehör zu verschaffen. Bei der Genfer Fachtagung zum Menschenrechtsrat wies die FES auf diese Problematik hin und erzielte damit große Resonanz.

Der Menschenrechtspreis ging im abgelaufenen Jahr an das Center for Democracy and Reconciliation in Southeast-Europe. Diese Nichtregierungsorganisation setzt sich in Südosteuropa für die Stärkung demokratischer und pluralistischer Gesellschaften ein, für europäische Werte und die Versöhnung zwischen den Völkern dieser Region.



08 Auf der Tiergartenkonferenz im Juni 2013 waren die Panel international hochkarätig besetzt.

09 Der Menschenrechtspreis 2013 wurde von Nenad Šebek, Geschäftsführer des Center for Democracy and Reconciliation in Southeast Europe (Griechenland), mit großer Freude entgegen genommen.



Chancen für Frieden und Sicherheit

Angesichts der weltweiten Krisenentwicklung haben wir mit einem Eckpunktepapier für Friedensförderung und Konflikttransformation einen neuen Impuls für die Weiterentwicklung des deutschen Engagements in diesem Politikfeld gesetzt. Die Publikation ist inzwischen ein wichtiger Bezugspunkt für die Debatte in Deutschland geworden.

Abrüstung ist und bleibt nicht zuletzt aufgrund des weltweiten Trends zur Proliferation ein zentrales Ziel globaler Friedenspolitik. Dem widmete sich eine Reihe internationaler Foren, so zum Beispiel eine Veranstaltung unseres New Yorker Büros an der auch Angela Kane, die Hohe Repräsentantin für Abrüstung der UN teilnahm.

Mit dem geplanten Abzug der ISAF-Truppen muss der afghanische Staat die Verantwortung für Frieden und Stabilität im Land übernehmen. Im Jahr 2013 konnten erste Ergebnisse des 2012 von der FES angestoßenen Dialogprozesses zur Zukunft Afghanistans in Berlin, Brüssel und Istanbul vorgestellt werden. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Afghanistan und seinen Nachbarländern arbeiten an einem Bericht, der konkrete Empfehlungen für die komplexe politische Lage vor Ort gibt. Auch die Krise in Mali haben wir mit einem ähnlichen regionalen Dialogprogramm begleitet.

Afghanistan nach 2014

Empfehlungen an die Region

Kaum war das unter deutscher Führung stehende Feldlager Kundus an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben, kam es zu neuen Anschlägen im Norden Afghanistans; ein für die Bundeswehr tätiger afghanischer Dolmetscher wurde ermordet. Kann die NATO ein Land in dieser Lage verlassen? Voraussichtlich wird sie es nicht tun. Geplant ist, eine neue UN-mandatierte Mission in Afghanistan einzurichten, der ab 2015 immerhin noch etwa 10.000 NATO-Soldaten, davon 600 bis 800 deutsche, angehören werden. »Resolute Support« soll sie heißen und den afghanischen Sicherheitskräften helfen, sich und ihr Land vor Extremisten, Taliban und anderen bewaffneten Kräften zu schützen.

Dennoch sind Afghanistan und seine Nachbarstaaten verunsichert: Die Konfliktmüdigkeit im Westen wächst und damit die Angst in der Region, in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen – ein »zweiter Irak« zu werden. Mit etwa siebzig Teilnehmerinnen

und Teilnehmern aus Afghanistan, Pakistan, Indien, den zentralasiatischen Republiken, aus China, dem Iran, der Türkei, Russland, Deutschland und den USA wurden Fragen rund um die Zukunft Afghanistans auf einer Internationalen Konferenz der FES in Istanbul diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die »Joint Declaration on Regional Peace and Stability« – eine politische Analyse, die im Rahmen des Regionalprojekts Envisioning Afghanistan Post 2014 vom Asienreferat der FES in Zusammenarbeit mit Policy Groups aus Afghanistan, Indien, Pakistan und Zentralasien erarbeitet wurde. Von deutscher Seite nahm der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Dr. Michael Koch, von US-Seite der Leiter des Afghanistanbüros im Außenministerium, David Rank, teil – beiden wurde die Gemeinsame Erklärung mit zahlreichen Empfehlungen an die Internationale Gemeinschaft übergeben.

Partnerschaft in Zeiten globaler Machtverschiebung

Die Veranstaltung »Mehr Gerechtigkeit wagen – Willy Brandts globales Engagement« hat einmal mehr deutlich gemacht, dass die Leitsätze Brandts heute nicht an Aktualität verloren haben. In Kooperation mit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung haben wir in Berlin, anlässlich seines 100. Geburtstags an die Beiträge des großen Sozialdemokraten für Frieden, Entwicklung und Demokratie erinnert.

Bei den zentralen globalen Fragen ist ohne das Engagement und die Einbindung der Schwellenländer kein Fortschritt mehr möglich. Auf der Tiergartenkonferenz diskutierten Rolf Mützenich, Egon Bahr und der ehemalige chinesische Vizepremier Ji Pei-ding kontrovers über die Neudefinition einer progressiven Außenpolitik in Zeiten globaler Machtverschiebungen.

Afrika wird für globale Prozesse immer wichtiger. Auf einer Konferenz zu den Beziehungen zwischen Afrika und der EU als seinem wichtigsten Handelspartner, tauschten sich Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, der Politik und Forscher_innen beider Kontinente über Herausforderungen aus, die einer vertieften Partnerschaft im Weg stehen. In diesem Forum wurden konkrete Empfehlungen für die Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels 2014 formuliert.

Gemeinsam mit dem Sekretariat der Welthandelsorganisation (WTO) fand im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Bali ein regionales Forum in Jakarta mit Teilnehmer_innen aus zwölf asiatischen Staaten statt. Erörtert wurden die Potenziale der Handelsliberalisierung in Asien für Wachstum, Entwicklung und Arbeitsplätze. Durch unsere langjährige Zusammenarbeit mit der WTO ist es gelungen, der Zivilgesellschaft eine Stimme in der Diskussion um die künftige Ausgestaltung des multilateralen Handelssystems zu verleihen.

Klimabündnisse für nachhaltige Entwicklung

In der internationalen Klimapolitik geht es vor allem um Fragen sozialer Gerechtigkeit. Die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung rund um die Klimagipfel sind darauf gerichtet, die Positionen von Ländern des Südens und einer weltweiten Zivilgesellschaft zu stärken. 2013 wurde dies durch ein Aktionsprogramm für lateinamerikanische Gewerkschafter_innen beim Klimagipfel in Polen sowie durch seine kritische Begleitung auf unserem Nachhaltigkeitsportal umgesetzt (www.fes-sustainability.org).

Der Klimawandel stellt alle Länder vor die Herausforderung, Wirtschaftssysteme und Gesellschaften nachhaltiger zu gestalten. Um weltweit ein Bündnis dafür zu etablieren, haben wir mit mehreren Partnerorganisationen, darunter das Climate Action Network mit mehr als 850 Mitgliedsorganisationen, ein gemeinsames Projekt gestartet. Ziel des Projektes ist es, nachhaltige und menschenrechtsbasierte Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, die der Armutsreduzierung und der sozialen Gerechtigkeit einen besonderen Stellenwert einräumen. Klima- und Energiepolitik sind auch zentrale Bausteine im Szenarienprojekt »Alternative Entwicklungspfade«, in dem Zukunftsbilder und Handlungsoptionen für die Gesellschaften Lateinamerikas entworfen werden.

Die immer wieder auftretenden Klimakatastrophen machen in dramatischer Weise – auch in unserem Land – deutlich, dass ökologische Verantwortung und Nachhaltigkeit als zentrales Grundprinzip des politischen und wirtschaftlichen Handelns verankert werden müssen. Auf die Überschwemmungskatastrophe in Ost- und Norddeutschland reagierten wir in den betroffenen Regionen Sachsens mit Podiumsveranstaltungen, auf denen dringend nötige Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser debattiert wurden.

Die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten

Weltweit werden alternative Wirtschafts- und Wachstumsmodelle diskutiert. Angesichts der Krisen und Herausforderungen der letzten Jahre wird eine grundlegende Neuausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung benötigt. Dazu ist – nicht nur in Europa – ein leistungsfähiger und gerechter Sozialstaat notwendig. Darüber hinaus muss der ökologische Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweisen gelingen. Mit der Vermittlung von Wissen, mit der Beteiligung an Debatten und der Entwicklung neuer Handlungsansätze will die Friedrich-Ebert-Stiftung Beiträge dazu leisten, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diese Ziele erreichen können.



¹⁰ Der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der »Herausforderung Pflege« nahm sich die FES im November an.

Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit

Der Sozialstaat steht vor großen Herausforderungen, sei es bei der Frage nach einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung für alle Bürger_innen, sei es bei der Frage nach der Nachhaltigkeit des Rentensystems. Mit öffentlichen Diskussionsforen und Seminaren haben wir uns, angesichts einer alternden Gesellschaft, mit den neuen Anforderungen an Arbeitswelt, Wohnen und Daseinsvorsorge befasst.

Ziel einer gerechteren Wirtschafts- und Sozialordnung bleibt auch eine geschlechtergerechte Verteilung von Betreuungs- und Pflegearbeit, die bisher überwiegend von Frauen geleistet wird. Auf einer Berliner Fachtagung wurden neue Instrumente wie Familienarbeitszeiten oder Pflegebudgets sowie familienpolitische Leitbilder jenseits tradierter Geschlechterrollen diskutiert.

In Kooperation mit den nordischen Botschaften widmete sich ein internationaler Fachworkshop dem Vergleich der Pflegesysteme und aktuellen Fragen der Pflegepolitik in Skandinavien und Deutschland. Zudem veröffentlichte der Gesprächskreis »Sozialpolitik« ein Gesamtkonzept für die Neuausrichtung der Pflegepolitik. Die AG »Gesundheitspolitik« des Managerkreises veranschaulichte in Fach- und Hintergrundgesprächen auch das volkswirtschaftliche Potenzial von Assistenzsystemen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Positionspapiere zur Zukunft der Krankenhäuser und zu den Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor wurden vom Gesprächskreis »Sozialpolitik« präsentiert.

Eines der wenigen konkreten Konzepte zur sozialen Gerechtigkeit auf globaler Ebene ist der von der ILO entwickelte Ansatz der Social Protection Floors, der eine soziale Mindestsicherung für jeden Menschen vorsieht. Zusammen mit der ILO und einem von uns initiierten NGO-Netzwerk begleiteten wir dessen Umsetzung.

Energiepolitik: Zeit für die Wende

Ein zentrales Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Wandels ist die Energiewende. Ihre Umsetzung und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien stellen hierzu-lande Energieerzeuger, Verbraucher_innen und die Politik vor große Herausforderungen. Fragen der Versorgungssicherheit, der Finanzierung, der sozial verträglichen Kosten sowie der Akzeptanz müssen in Einklang gebracht werden. Dabei müssen nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische und globale Dimension bedacht werden.

Mit einer Publikation des Arbeitskreises »Nachhaltige Strukturpolitik« bringen wir nun mehr Klarheit in die Debatte. Sie systematisiert die Gestaltungsoptionen, benennt Akteure, ordnet ihnen Kompetenzen zu und führt entsprechende Rechtsnormen auf. Die Arbeitsgruppe Energie- und Klimapolitik des Managerkreises setzte den in 2012 begonnenen Energiedialog mit weiteren Fachgesprächen fort, etwa mit NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin und dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON SE, Johannes Teysen. Eine weitere Fachkonferenz beleuchtete die Rolle der rheinischen Innovationsregion für die Energiewende. In Regensburg ging es mit dem bayerischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher um Fragen der Elektromobilität. Angesichts steigender Energiepreise befasste sich der Gesprächskreis »Verbraucherpolitik« unter anderem auch mit Unterstützungsmöglichkeiten für Endverbraucher_innen.

Die internationale Wahrnehmung der Energiewende war Kernthema der regelmäßig tagenden Arbeitsgruppe »Klimawandel und Entwicklung«. Durch dieses Gremium werden gemeinsame Positionen in die öffentliche und parlamentarische Debatte eingespeist. Wichtige Ergebnisse konnten wir beispielsweise gemeinsam mit internationalen Partnern aus Asien, Afrika und Europa beim Alternativen Energiegipfel der Klima-Allianz präsentieren. Alle Arbeitsergebnisse zur internationalen Dimension der Energiewende haben wir in der umfassenden Studie »Zeit für die Wende. Voraussetzungen einer Globalen Energietransformation« veröffentlicht.

Zukunftsszenarien für die Eurozone

Die anhaltende Wirtschaftsschwäche im europäischen Raum war weiterhin ein zentrales Thema unserer Arbeit. Der »Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik« hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sowohl die in der deutschen Politik dominierende Ursachenanalyse als auch die von den europäischen Staaten verfolgte Krisentherapie der Austeritätspolitik falsch sind.

So wurde beispielsweise eine Gruppe von progressiven Wissenschaftler_innen in Schlüsselländern der EU und der OECD-Welt beauftragt, die zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen ihrer Länder zu analysieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Beiträge aus Großbritannien, Spanien, Italien, Polen, Frankreich, Japan, USA, Schweden und Griechenland wurden in der Publikationsreihe »Alternativen zur Austerität« veröffentlicht.

Eine kritische Bewertung der Reformen seit dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise haben das Büro Brüssel und der spanische Think Tank Fundación Alternativas unternommen. Dabei wurde deutlich: Es gibt Alternativen für eine wirtschaftlich starke, sozial gerechte und demokratische europäische Gemeinschaft.

Im Rahmen unseres paneuropäisch angelegten Projekts haben wir die umfassende Studie »Zukunftsszenarien für die Eurozone« vorgelegt, in der die Ergebnisse von insgesamt 17 Veranstaltungen in verschiedenen Hauptstädten Europas gebündelt werden.

Vom Kostenfaktor zum Wohlstandsmotor

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen gestalten

Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Pflege, Verwaltung, aber auch im Einzelhandel oder öffentlichen Nahverkehr galten über Jahre hinweg vor allem als möglichst zu minimierende »Kostenfaktoren«. Doch nicht zuletzt durch die Krise in Europa scheint sich das Verständnis zu wandeln. Dass diese Dienstleistungen eine unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftliche Betätigung jedweder Art darstellen, wird immer deutlicher erkennbar. Ebenso, dass sie oft per se wichtige Beiträge zu Wohlstand und Lebensqualität liefern.

Trotzdem folgt die Praxis meist noch dem Ansatz der vermeintlichen »Kostensenkung« – obwohl die Folgekosten rasch die unmittelbaren Einsparungen übersteigen. Darüber hinaus fehlt es auch an einem klaren Gestaltungsrahmen für gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen. Der Schließung dieser Lücke hat sich der gemeinsame Arbeitskreis Dienstleistungen von FES und verdi gewidmet: Als Ergebnis von insgesamt fünf Expertengesprächen wurde im

November auf einer Konferenz ein Memorandum präsentiert, das einen solchen Rahmen skizziert und erste Empfehlungen an Politik, Sozialpartner und Forschung ausspricht. Simona König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadtverwaltung der Stadt Halle, schilderte auf der Konferenz die dramatische Situation, die mittlerweile in vielen deutschen Kommunen herrscht. Die stellvertretende verdi-Bundesvorsitzende machte darauf aufmerksam, dass Servicequalität und Beschäftigungsqualität ganz besonders eng in jenen Bereichen zusammenhängen, in denen es auf den Kontakt zwischen Bürgern und Beschäftigten ankommt. »Gute Arbeit« inklusive angemessener Bezahlung und Wertschätzung ist dabei Voraussetzung und wesentlicher Erfolgsfaktor zugleich. Ernst-Dieter Rossmann, bisheriger Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, schloss am Ende der Konferenz: »Ohne ausreichende Finanzierung durch mehr Steuergerechtigkeit wird es in vielen Bereichen ganz, ganz schwierig.«

Wirtschaft und Finanzen am Standort Deutschland

Zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 haben in Deutschland Industrie, Mittelstand und eine funktionierende Sozialpartnerschaft maßgeblich beigetragen. Wie man eine starke soziale Marktwirtschaft erhalten und zukunftsicher gestalten kann, war Gegenstand unserer wirtschaftspolitischen Foren, insbesondere der Arbeits- und Gesprächskreise der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik und des Managerkreises. Eine Reihe von Veranstaltungen für den deutschen Mittelstand beschäftigte sich etwa mit Ressourceneffizienz, beziehungsweise einer gezielteren Außenwirtschaftsförderung. Insbesondere in Ostdeutschland schwächen demografischer Wandel, Abwanderung und Fachkräftemangel die ohnehin geringe Wirtschaftskraft und erfordern Gegenmaßnahmen: In Magdeburg haben wir Unternehmer_innen und Politiker_innen miteinander ins Gespräch gebracht und beispielsweise »best practice«-Beispiele aus Großunternehmen und anderen Regionen Deutschlands vorgestellt.

In Rheinland-Pfalz und im Saarland gelang es, mit Veranstaltungen zur Wohlstandssicherung und ökologischen Nachhaltigkeit sowie zur Lebensqualität im ländlichen Raum, in der öffentlichen Debatte Akzente zu setzen.

In Hamburg etwa präsentierten wir ein Papier zur finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen. Die im Arbeitskreis »Nachhaltige Strukturpolitik« erarbeiteten Reformvorschläge zum Finanzausgleich zielen ebenfalls auf ein stärkeres Engagement des Bundes ab.

Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen notwendig sind, um die Entwicklung in Deutschland wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten, wurde im Arbeitsbereich »Allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik« analysiert. Empfohlen werden die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Begrenzung und bessere Absicherung atypischer Beschäftigung, mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die Förderung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie ein progressives Steuersystem. In Publikationen der Reihen »WISO Direkt« und »WISO Diskurs« entwickelte der Arbeitsbereich »Steuerpolitik« konkrete Ansätze zur Besteuerung internationaler Konzerne.

Das »Fortschrittsforum« – auf Initiative der Hans-Böckler-, der Friedrich-Ebert-, der Otto-Brenner-Stiftung und des Progressiven Zentrums 2011 gegründet – stellte im Berichtsjahr seine Ergebnisse vor. Darin formulierten die drei Arbeitsgruppen »Bildung und Modernisierung«, »Leben und Arbeit« sowie »Wirtschaft und Wachstum«, unter Leitung von Angelika Gifford, Jutta Allmendinger und Ernst Ulrich von Weizsäcker, Antworten auf die Frage: Wie wollen wir leben?

Unter dem programmatischen Titel »Wege in eine sozial gerechte und ökologische Gesellschaft« laden wir in Berlin in Kooperation mit der Bildungseinrichtung Urania, mehrmals im Monat Vordenker_innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur gemeinsamen Spurensuche ein.



11

11 Zentrales Anliegen von FES und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: »Kein Kind zurück lassen«.



12

12 Diskutiert wurden auch die revolutionären Veränderungen durch E-Learning an den Hochschulen.

Chancengerechtigkeit in der Bildung

Chancengleichheit beim Zugang zum Bildungssystem sowie die Qualitätsverbesserung von Bildungs- und Betreuungsangeboten zählen weiterhin zu den Schlüsselaufgaben der Politik. Bildungspolitik wollen wir so gestaltet sehen, dass alle Kräfte der Gesellschaft daran mitwirken können und Fragen über die Wege zur Inklusion und Teilhabe umfassend beantwortet werden.

Mit Trägern von Kitas und Schulen, pädagogischen Fachkräften und Bildungsexperten debattierten wir, wie eine systematische Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig gewährleistet werden kann. Unter der Überschrift »Kein Kind zurücklassen« stellte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Weg zu einer Politik der Chancengleichheit vor und diskutierte mit Expertinnen und Experten über schwedische Erfahrungen einer vorbeugenden Sozialpolitik und der frühkindlichen Bildung.

Die Debatte um das zukünftige Wissenschaftssystem begleiten wir mit hochrangig besetzten Fachgesprächen und öffentlichen Veranstaltungen. Unsere Reihe Hochschulpolitik ermöglichte mit einer Konferenz zur digitalen Bildungsrevolution eine kritische Auseinandersetzung mit den radikalen Veränderungen, denen sich die universitäre Bildung stellen muss.

Zum 4. Februar, dem Geburtstag Friedrich Eberts, wurde die Botschafterkampagne der Studienförderung gestartet. Diese Kampagne aus unserem stipendiatischen Netzwerk richtet sich insbesondere an Erstakademiker_innen und wurde in Kooperation mit Arbeiterkind.de durchgeführt. Infolyer, Plakate und Social-Web-Auftritte drücken die Botschaft mit einfachen Worten aus: Sprungbrett Stipendium.

Den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen

Dem Wandel in der Arbeitswelt zu begegnen, Rahmenbedingungen für Gute Arbeit und starke betriebliche Mitbestimmung zu schaffen und die Abwärtsspirale bei den Löhnen zu stoppen sind Herausforderungen, die nur mit starken Gewerkschaften und im intensiven Dialog mit Politik und Gesellschaft zu bewältigen sind. Zu unserem Kernauftrag gehört es daher, Gewerkschaften bei ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, Mitsprache in internationalen Entscheidungsprozessen sowie Um- und Durchsetzung von Kernarbeitsnormen zu stärken. Denn ohne starke und global vernetzte Gewerkschaften können Soziale Demokratie und soziale Gerechtigkeit sowie die Gestaltung fairer und nachhaltiger Wirtschaftssysteme nicht gelingen.

Starke Gewerkschaften

Die Zusammenarbeit mit nationalen Gewerkschaften ist ein integraler Bestandteil eines jeden Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zusätzlich arbeitet das Projekt »Globale Gewerkschaftspolitik« mit regionalen und globalen Zusammenschlüssen wie dem IGB und den GUF, mit der ILO sowie mit dem DGB und den deutschen Einzelgewerkschaften zusammen. Mit rund 120 Veranstaltungen weltweit lagen die Schwerpunkte 2013 auf der Umsetzung der Decent Work Agenda, dem Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen sowie der Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung in globalen Fragen.

Der Aufbau von freien und unabhängigen Gewerkschaften ist ein zentrales Element von Demokratisierungsprozessen. Wir unterstützen sie deshalb darin, nicht nur als Arbeitnehmervertreter sondern auch als politische Gestalter aufzutreten. So wurden in Tunesien für den Zentralverband der tunesischen Arbeiter (UGTT) Fortbildungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen angeboten. Anderswo ging es um die Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit, etwa in Libyen und in Bangladesch, wo Dialogkompetenzen gestärkt wurden, damit die stark zersplitterten Gewerkschaften effektiveren Widerstand gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen leisten können.

Für eine grenzüberschreitende Interessenvertretung sind Informationen über organisatorische und politische Veränderungen unabdingbar. Unsere Reihe »Länder-Gewerkschafts-Analysen« gehört inzwischen zur geschätzten Lektüre, wie die Download-Statistik belegt. Mit neu geschaffenen, begleitenden Diskussionsrunden wollen wir die Vernetzung und den Informationsaustausch zusätzlich voranbringen.

Große Sorgen bereitet die aktuelle europäische Politik der Krisenbewältigung all jenen, die das Soziale Europa als Kern- und Wesensmerkmal des europäischen Integrationsprojekts zunehmend gefährdet sehen. Ausschlaggebend für einen möglichen Politikwechsel ist es, hochrangige Entscheidungsträger_innen miteinander ins Gespräch zu bringen. Von besonderer Bedeutung war deshalb eine mit der Otto-Brenner-Stiftung (OBS), der Hans-Böckler-Stiftung und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut organisierte Konferenz.

»Lost Generation« vor verschlossenen Türen

Vorschläge gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Alarmierende Zahlen: In Krisenländern wie Spanien und Griechenland ist mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit, EU-weit liegt die Jugendarbeitslosigkeitsquote bei 23,3 Prozent (Eurostat, Mai 2013).

Die politische Brisanz des Themas wurde mittlerweile von fast allen politischen Gruppierungen erkannt. Der direkte Austausch mit den Betroffenen, den Jugendlichen selbst, wird jedoch viel zu sehr vernachlässigt. Um dem etwas entgegenzusetzen, organisierte die Abteilung »Internationaler Dialog« der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei internationale Jugendkonferenzen in Berlin. Mehr als 50 Jugendliche aus 12 Nationen – neben fünf EU-Staaten auch aus Ländern wie Paraguay, Ägypten und Simbabwe – nahmen am 6. Mai an der Konferenz »A future for the Young in Europe« teil. In Workshops teilten sie ihre persönlichen Erfahrungen, suchten nach Ähnlichkeiten, identifizierten Unterschiede und formulierten schließlich gemeinsame Handlungsempfehlungen an die politischen Entscheidungsträger.

Am 2. Juli, dem Vortag des Gipfeltreffens der europäischen Arbeits- und Sozialminister_innen im Kanzleramt, begrüßte Andrea Nahles in Berlin rund 150

Jugendliche aus 12 EU-Ländern, darunter Griechenland, Spanien, Italien, aber auch Österreich, Polen, Tschechien und Kroatien. Sie waren der Einladung der FES gefolgt, um nach Perspektiven zu suchen, wie der Jugendarbeitslosigkeit in Europa begegnet werden kann. Erarbeitet wurden unter anderem Vorschläge, wie Arbeitsmärkte, Berufs- und Hochschulbildung und soziale Sicherungssysteme verbessert werden können.

Die Resultate dieser beiden Konferenzen blieben alles andere als ungehört. So zeigte sich der irische Botschafter Daniel Mulhall bei der Konferenz am 6. Mai beeindruckt von der Vielzahl der Forderungen. Schließlich ist es Irland, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat und sich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf die Fahne geschrieben hat.

Die Handlungsempfehlungen, die die 150 jungen Europäer_innen erarbeiteten, übergaben sie am folgenden Tag öffentlich an den luxemburgischen Minister für Arbeit, Beschäftigung und Immigration und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen EU-Arbeits- und Sozialminister_innen Nicolas Schmit sowie Peer Steinbrück und Klaus Wiese, dem Bundesvorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die massive Jugendarbeitslosigkeit in der EU und ihren Nachbarregionen stellt nicht nur ein Entwicklungs- und Wachstumshindernis dar, sondern birgt sozialen Sprengstoff für ganze Gesellschaften. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zählte deshalb zu den Prioritäten der irischen EU-Ratspräsidentschaft. 60 Jugendliche aus Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aus verschiedenen europäischen Ländern hatte die FES daher zu einer Jugendkonferenz nach Berlin eingeladen, um sie an diesem Prozess zu beteiligen. Ihre Vorschläge wurden anschließend der irischen Ratspräsidentschaft übermittelt.

Auch für die griechischen Gewerkschaften stellt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die wichtigste Zukunftsherausforderung dar. Bei einer Fachtagung des Athener FES-Büros suchten Nachwuchswissenschaftler_innen nach gewerkschaftlichen Strategien und neuen Formen sozialen Protests in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

Im international anerkannten Modell der dualen Berufsausbildung wird einer der Gründe für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland gesehen. Eine Untersuchung des Gesprächskreises »Arbeit und Qualifizierung« zeigt aber, dass trotz der derzeit günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen etwa ein Drittel der Jugendlichen in eine der vielen arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen übergeleitet wird, weil sie auch hier keinen Ausbildungsplatz finden.



13 14

13 Auch Prof. Dr. Richard G. Wilkinson geht es auf dem gleichnamigen Kongress um »Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit«.

14 Gemeinsam mit starken Partnern den Arbeitsmarkt gestalten...

15 Ein Thema das die Kräfte der Sozialen Demokratie erfordert: Jugendarbeitslosigkeit. Hier Andrea Nahles auf der Veranstaltung »Change«.



15

Gute Arbeit, faire Arbeitsmärkte

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, Niedriglöhne, Leiharbeit, die Bedingungen für Gute Arbeit und die Reform der beruflichen Bildung gehörten zu den Themen, die bei Veranstaltungen in nahezu allen Bundesländern behandelt wurden. Allein in NRW fanden 20 Seminare zu diesem Themenkomplex statt und trugen zur Stärkung arbeitnehmerbezogener Interessen bei.

Mit der gemeinsam mit dem DGB herausgegebenen Publikation »Arbeit unter Druck« gelang es unserem Büro in Hessen, Fragen schlechter Arbeitsbedingungen prominent in der öffentlichen Debatte zu platzieren.

Auf einer mit dem DGB organisierten Konferenz standen am Welttag für menschenwürdige Arbeit Mindestlohnmodelle im Vordergrund. Mit ihnen konnten so auch aus internationaler Perspektive den Argumenten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland Nachdruck verliehen werden.

Ein zentrales Instrument zur Durchsetzung von Kernarbeitsnormen auf betrieblicher Ebene sind Globale Rahmenabkommen mit multinationalen Unternehmen. Mit Hilfe der von den GUF und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten globalen Netzwerke konnten neue Rahmenabkommen zum Beispiel bei Renault und Enel geschlossen werden.

Unterstützt durch das Kompetenzzentrum »Gewerkschaften« in Afrika, wurden im Bergbau, im Einzelhandel und im Energiebereich regionale bzw. globale Netzwerke aufgebaut.

In Lateinamerika ist es auf einem Regionalseminar gelungen, eine kontinentale Arbeitsstrategie zu erarbeiten und eine einheitliche Positionierung der lateinamerikanischen Gewerkschafterinnen zu erreichen. Geplant sind unter anderem amerikaweite Aktionspläne und Kampagnen für mehr Lohngleichheit und eine Frauenquote für die wirtschaftlichen Führungsetagen, denn die massive Genderdiskriminierung hält dort unvermindert an.

2013 ist es im G20-Prozess erstmals zu einem gemeinsamen Treffen der Finanz- und Arbeitsminister gekommen. Mit einem Vorfeldtreffen in Moskau erhielten die Labour-20-Gewerkschaften und die internationalen Verbände Gelegenheit, gemeinsame Positionen zu nationalen Beschäftigungszielen und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik abzustimmen und die Verhandlungen so zu beeinflussen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Spiegel der Presse

Januar

die tageszeitung 10. Januar 2013

Steigendes Interesse an Karl Marx. Mehr als 40.000 Menschen haben vergangenes Jahr das Museum »Karl-Marx-Haus« in Trier besucht, mehr Besucher als je zuvor. »Marx zieht in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Menschen an«, teilte die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, Trägerin des Museums, mit. In dem barocken Trierer Wohnhaus, in dem das Museum untergebracht ist, wurde Karl Marx 1818 geboren.

Welt am Sonntag 20. Januar 2013

Das hängt natürlich damit zusammen, dass keine andere Partei so alt ist wie die SPD. Dieses Jahr feiert sie 150. Geburtstag. Aus diesem Anlass wurde nun in der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung eine Ausstellung eröffnet. Sie erzählt diese Geschichte nicht nur so prägnant wie konzentriert, sondern macht auch begreifbar, warum die SPD noch heute manchmal ein Hauch von Verheißung umgibt. Dabei präsentieren die FES-Historiker diese 150 Jahre als unverkennbaren Schrumpfprozess. Die anfangs quasi-religiöse Aura der Bewegung schmolz dahin – und die Größe ihrer politischen Forderungen gleich mit.

General-Anzeiger 24. Januar 2013

Wie rechtes Gedankengut zu erkennen ist und was man dagegen unternehmen kann, können die Schüler des Friedrich-Ebert-Gymnasiums jetzt in der Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« lernen, die eine Woche lang in der Aula der Schule gastiert. Denn Rechtsextremismus hat viele Gesichter, und jedes davon bedroht die Demokratie. Schulleiterin Anne Andereya eröffnete am gestrigen Holocaust-Gedenktag die Ausstellung, die 2006 vom Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt worden ist.

Februar

Süddeutsche Zeitung 9. Februar 2013

Kein Ortsverein, kein Wahlkreis in Deutschland, in dem in diesem Jahr nicht die Ausstellung »150 Jahre Sozialdemokratie« der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt, in dem nicht gelesen, debattiert, gedacht, gefeiert oder der eigens gedrehte Dokumentarfilm gezeigt wird.

Schwäbische Post 21. Februar 2013

Das Ursprungsland des Arabischen Frühlings steckt im Sumpf der Probleme fest. »Wir haben jetzt eine andere Phase der Krise«, erklärt Elisabeth Braune, Leiterin der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis. Mit ihrem Team beobachtet sie die politische Entwicklung in dem nordafrikanischen Land. Für Braune ist die Lage »sehr dynamisch«, die Entwicklung »sehr unklar«.

der Freitag 21. Februar 2013

Frankreich besteuert Familien, die so begünstigt kaum noch Abgaben zahlen müssen. Dieses Modell ist dem unseren aber gar nicht so unähnlich, hat die Wissenschaftlerin Angela Luci in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt: »Sowohl das in Deutschland geltende Ehegattensplitting als auch das französische Familiensplitting fördern Paare mit einem Alleinverdiener und Paare mit großen Einkommensunterschieden und somit durchaus traditionelle Familienstrukturen.«

März

Neue Westfälische 4. März 2013

»Wir müssen draußen bleiben« hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine aktuelle Studie überschrieben. Darin geht es nicht um Hunde, sondern um die Jugend in Europa. Das Fazit: Junge Menschen »erleben ein ständiges Hin und Her zwischen Ausbildung, Trainingsmaßnahmen, prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Praktika«.

Neues Deutschland 5. März 2013

Mehr Menschen brauchen auch mehr Wohnraum. Doch der ist bereits jetzt knapp. Wie diesem Problem beizukommen ist, will der Senat im »Stadtentwicklungsplan Wohnen« (StEP Wohnen) darlegen. Auf der von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Konferenz stellte der Senat diesen in der Entwicklung befindlichen Plan vor, anschließend diskutierten Vertreter von Mieterinitiativen und Politik.

Eßlinger Zeitung 7. März 2013

»Mit Essen spielt man nicht.« Mit diesem bekannten Erziehungssatz eröffnete der aus dem Fernsehen bekannte Börsenexperte Dirk Müller am Dienstagabend seinen Vortrag im Alten Rathaus. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hatte eingeladen, um zu untersuchen, welche Rolle die Spekulation mit Lebensmitteln für den Hunger in der Welt spielt.

Südkurier 12. März 2013

Wenn es nach dem Willen von Geschwister-Scholl-Gymnasiasten ginge, sollte es in Konstanz ein Bus-Winterticket für Schüler, eine regelmäßige Jugenddisko sowie ein Fahrrad-Leih-System geben. Beim Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung haben Neunt- und Zehntklässler zwei Stunden lang Argumente ausgetauscht und abgestimmt – wie im richtigen Gemeinderat.

Trierischer Volksfreund 13. März 2013

Zum 130. Todestag am 14. März steht aber zunächst das Museum Karl-Marx-Haus im Fokus, in dem Marx die ersten eineinhalb Jahre seines Lebens verbracht hat. In einem Festakt werden in dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung getragenen Museum neue Medienstationen freigeschaltet. Damit reiche die Dauerausstellung, die bisher im Jahr 1990 endete, bis in die Gegenwart, sagt die wissenschaftliche Leiterin des Museums, Anja Kruke.

die tageszeitung 18. März 2013

Am Freitag widmete sich eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin den Männlichkeitskonstruktionen in der Gesellschaft. 18 Vortragende stellten sich der Frage, wie ernst es um die Krise des Mannes wirklich steht. Dabei standen nicht die vielen möglichen Identitäten des Mannes, sondern fast ausschließlich der weiße Familienvater aus der Mittelschicht in seiner Funktion als Ernährer und Erzieher im Mittelpunkt.

Süddeutsche Zeitung 21. März 2013

Weiterhin gibt es Streit über die Haltung der Euro-Retter gegenüber Zypern. Der Deutsche Hubert Faustmann, Chef der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf Zypern, hält die Politik der Euro-Gruppe für »völlig falsch«. Die Zwangsabgabe auf alle Bankkonten in Zypern habe zwar aus Gerechtigkeitsgründen etwas für sich. »Warum wurde das aber dann nicht auch von den Iren verlangt?«, fragt Faustmann.

April

Zeit Campus 13. April 2013

Wer eine »hoch qualifizierte und verantwortungsbewusste Persönlichkeit« werden will, muss an Henriette Hättich vorbei. Die 28-Jährige wählt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung die Stipendiaten aus, »künftige Leistungs- und Verantwortungsträger« (...) »Wir möchten mündige Bürger fördern«, sagt sie. »Es gibt nicht einen Standard, an dem wir alle messen, weil wir darauf Rücksicht nehmen, dass nicht alle Bewerber die gleichen Chancen hatten.«

die tageszeitung 13. April 2013

»An der Kasse im Supermarkt können Sie mit einer Angsterkrankung nicht mehr arbeiten«, sagt Michael Linden, Psychiater und Forscher an der Charité Berlin. Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur »Medikalisierung sozialer Probleme« stritten Psychiater und eine Gewerkschafterin am Donnerstag in Berlin über die Frage, wie man in der Arbeitswelt mit dem Boom an psychiatrischen Diagnosen umgehen soll.

Die Zeit 18. April 2013

Nordkoreas Logik der Eskalation funktioniert: Irgendwann werden die USA mit dem Regime reden müssen. Vertrauliche Gespräche hat es immer wieder gegeben – auch mit deutscher Hilfe. (...) Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen amerikanisch-nordkoreanischen Dialog organisiert, zusammen mit der Maxwell School der Universität Syracuse. (...) Mit dabei waren auch Henry Kissinger und Amerikas neuer Außenminister John Kerry, damals noch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat.

Rhein-Neckar-Zeitung 19. April 2013

»Das Wort Politik ist bei den Jugendlichen eher negativ besetzt, da es oft mit negativen Themen in Verbindung gebracht wird«, sagte Stephan Ruhmannseder von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der gemeinsam mit seiner Kollegin Bojana Zivkovic ein dreitägiges Planspiel zur Kommunalpolitik in der Selma-Rosenfeld-Realschule initiiert hat. »Doch wir haben im Rahmen anderer Planspiele erlebt, dass sich die Einstellung der Jugendlichen zur Kommunalpolitik ändert.«

Goslarsche Zeitung 22. April 2013

Mehr als die Hälfte der Kosovaren zwischen 16 und 27 Jahren wäre bereit, auszuwandern. Das ergab eine Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Pristina. Als Grund gaben sie den Wunsch nach einem höheren Lebensstandard, besserer Bildung und mehr Chancen auf Beschäftigung an. Nach Schätzungen des Auswärtigen Amtes sind offiziell über 70 Prozent der 15- bis 25-Jährigen Kosovaren arbeitslos.

Augsburger Allgemeine 26. April 2013

»Radfahren ist ein zentraler Aspekt der Energiewende und das muss in der politischen Förderung künftig ernst genommen werden«, so Katrin Schömann von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die gemeinsam mit dem ADFC die Fachtagung ausrichtete. Das gemeinsame Nutzen von Rädern, der Ausbau der Radwege und die gute Erreichbarkeit etwa von Bahnhöfen sollten deshalb künftig stärker forciert werden.

Thüringische Landeszeitung 27. April 2013

Thüringen zählt in Deutschland zu den Vorreitern einer zeitgemäßen institutionellen frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Zu diesem Schluss kommt eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das 2010 novellierte Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz im Vergleich mit anderen Bundesländern analysierte.

Mai

Westdeutsche Allgemeine 1. Mai 2013

Wenn die älteste deutsche Partei Geburtstag feiert, dann geht es natürlich auch um die Geschichte der SPD. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Ausstellung zum Thema 150 Jahre Sozialdemokratie zusammengestellt. (...) Mit Bildern und kurzen Texten geht es über Parteigründung, Vereinigungsparteitag, Sozialistengesetz, Wachstum im Wilhelminischen Kaiserreich, Weimarer Republik, Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich bis in die Gegenwart.

Gießener Allgemeine 2. Mai 2013

Für die zum Teil bitterarmen Länder auf der Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika stellt die Kriminalität auch ein volkswirtschaftliches Problem dar. (...) Sicherheit hingegen kurbele die Konjunktur an, sagt der Vertreter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in San José, Alberto Koschützke. So habe Costa Rica durch seine führende Rolle bei den Friedensverhandlungen zur Beilegung der Bürgerkriege in der Region einst die Friedensdividende kassieren können.

VCI nachrichten 3. Mai 2013

Während die »digitale Bohème« relativ gut erforscht ist, sind die Auswirkungen der Digitalisierung auf die klassischen Angestellten weniger bekannt. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Veränderungen des Berufslebens und die Folgen für das Arbeitsrecht in der Studie »Digitale Arbeit in Deutschland« – Potenziale und Problemlagen« untersuchen lassen...

Ärzte-Zeitung 3. Mai 2013

Wissenschaftliche Gutachten sind nicht selten Forscherprosa ohne politische Bodenhaftung. Das ist beim Positionspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zur Neuordnung der Versorgung im Gesundheitswesen anders. Die Agenda der Autoren reicht für mehrere Gesundheitsreformen. Dabei erteilen sie aber selber allen Hoffnungen auf ein »ultimatives« Reformgesetz, das alle Baustellen zugleich angeht, eine Absage.

Hamburger Abendblatt 3. Mai 2013

Besorgniserregend sei, dass die Zahl der Allgemeinmediziner sinke, auch wenn es insgesamt mehr Ärzte gebe, betonte der Deutsche Hausärzterverband anlässlich der Veröffentlichung einer neuen Studie in Berlin. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hatte mit Experten Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen untersucht.

Cellesche Zeitung 8. Mai 2013

An Parolen wie »Ausländer sind alle kriminell und gehören nicht hierher«, »Frauen können nicht einparken« und »homosexuelle sind doch krank« stören sich viele Jugendliche. Diese sind nun aufgerufen, sich am Plakatwettbewerb der Friedrich-Ebert-Stiftung »Kein Bock auf diskriminierende Äußerungen!« zu beteiligen.

Juni

Der Teckbote 12. Juni 2013

Katharina Vatter ist eine von 14 Neuntklässlern der Realschule Weilheim, die dank einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung Experten für das Thema Rechtsextremismus geworden sind. Sie führen ihre Mitschüler im Geschichts- oder EWG-Unterricht (Erdkunde-Wirtschaft-Gemeinschaftskunde) durch die Schau, die auf 16 Tafeln die verschiedenen Facetten des Rechtsextremismus, besonders in Baden-Württemberg, zeigen.

Sächsische Zeitung 12. Juni 2013

»Das Land hat viel geschafft«, sagt Dietmar Dirmoser, der seit zwei Jahren das Büro der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Zagreb leitet. »Man hat innerhalb von 15, 20 Jahren die Demokratie und die Marktwirtschaft installiert und friedenssichernde Maßnahmen mit den Balkan-Nachbarn getroffen. Das ist eine große Leistung. Aber jetzt muss das Land selbst stabilisiert werden.«

Stuttgarter Nachrichten 18. Juni 2013

»Den Amerikanern liegt das letzte Gezerre um Hormonfleisch und gechlorte Hühnchen noch schwer im Magen«, sagt Sabine Muscat, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie zum Thema erarbeitet hat. Landwirtschaft, Kultur und Verbraucherschutz seien die Sollbruchstellen, über die bereits seit Jahren ergebnislos gerungen wurde.

Die Welt 18. Juni 2013

Es gibt offenbar Anlass zur Sorge um die Demokratie in Deutschland. In keiner anderen westlichen Demokratie – mit Ausnahme Portugals – ist die Zahl der Wahlverweigerer in den vergangenen drei Jahrzehnten so stark gestiegen wie in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Saarbrücker Zeitung 20. Juni 2013

Mit Sorge blicken viele Menschen auf ihr Leben im Alter und die Möglichkeit, ein Pflegefall zu werden. »Alt werden ist nichts für Feiglinge«: Dieser provozierenden Aussage in der Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken waren am Montagabend über 100 meist ältere Menschen gefolgt.

Börsen-Zeitung 21. Juni 2013

Eine Expertengruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung um den früheren Bundesfinanzminister Hans Eichel schlägt vor, den Länderfinanzausgleich auf eine neue Grundlage zu stellen. Das bisherige Konzept, das auf eine Angleichung der Ländereinnahmen abziele, sei gescheitert, heißt es.

Schwäbische Zeitung 22. Juni 2013

Eine gemeinsame Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Russischen Akademie der Wissenschaften ergab: 45 Prozent der Russen wünschen sich »soziale Gerechtigkeit, gleiche Rechte für alle« und »einen starken Staat, der sich um seine Bürger kümmert«. Erst dahinter folgen Werte wie Demokratie, Menschenrechte und freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Juli

Kölner Stadt-Anzeiger 24. Juni 2013

Die Finanzaufsicht berücksichtigt die Interessen von Verbrauchern und Privatanlegern nur unzureichend. Nicht selten würden Verbraucher von Banken in Finanzfragen über den Tisch gezogen, ohne dass dies zu aufsichtsrechtlichen Konsequenzen seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) führe, heißt es in der Studie »Finanzaufsicht und Finanzmarktwächter«, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst wurde.

Arzt & Wirtschaft 27. Juni 2013

An wohlmeinenden Aussagen zur Entwicklung der hausarztzentrierten Versorgung fehlt es nicht. Ein hochkarätiges Gutachten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung nennt jetzt erstmals konkrete Reformansätze und leitet Wasser auf die Mühlen jener, die im Kollektivvertragssystem ein Auslaufmodell sehen. (...) Die Gutachter plädieren deshalb für grundlegende Reformen speziell im hausärztlichen Bereich, etwa wirtschaftliche Anreize, um die bedarfsgerechte Versorgung über eine Kombi aus Kollektiv- und Selektivverträgen zu intensivieren.

Handelsblatt 15. Juli 2013

Die Selbstblockade der bosnischen Politik lähmt seit Jahren die Wirtschaft. (...) Der bosnisch-kroatische Landesteil ist noch einmal in zehn Kantone untergliedert, die eigene Regierungsapparate unterhalten – insgesamt macht das mehr als 140 Minister in einem Land mit 3,9 Millionen Einwohnern. Die politischen Eliten leben gut in diesem Institutionen-gestrüpp – und haben wenig Lust, dieses zu entwirren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung spricht von einem »quasi-feudalen System«, in dem die Parteiführer ihre Gefolgsleute mit hochbezahlten Stellen im Staatsdienst versorgen.

Berliner Zeitung 22. Juli 2013

Gleichzeitig beklagen viele Mongolen, dass zu wenig vom Reichtum bei ihnen ankommt. »Die gerechte Verteilung der Einnahmen aus den Bodenschätzen ist ein riesiges Thema«, sagt Uyanga Tsogtsaikhan von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ulan Bator. Die Armut ist zwar zurückgegangen, aber noch immer lebte Ende 2012 laut Zahlen der Weltbank mehr als jeder vierte Mongole unter der Armutsgrenze.

August

Neues Deutschland 6. August 2013

Die Reihe der Mahner zu den Versäumnissen der Pflegepolitik reißt nicht ab: Jürgen Gohde, seit 2007 Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, erarbeitete in den vergangenen zwölf Monaten mit weiteren Autoren im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ein umsetzungsfähiges Gesamtkonzept zur Pflege.

Deutsche Lebensmittel-Rundschau

16. August 2013

Die wissenschaftliche Basis der Verbraucherpolitik und ihrer Gesetzgebung ist in Deutschland nicht sehr belastbar, so das Ergebnis einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die im April 2013 veröffentlicht wurde. Die Autoren plädieren für mehr Realismus, institutionelle Unabhängigkeit und Verbraucherbeteiligung als künftige Richtschnur in der Verbraucherpolitik.

Das Parlament 19. August 2013

Um bei diesen oft sensiblen Komplexen im Dialog mit den amerikanischen Partnern über das Niveau von Floskeln herauszukommen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung schon vor Jahren das Netzwerk der »Globalen Atlantiker« ins Leben gerufen. Mit einem besonderen Schwerpunkt in Washington treffen sich unter diesem Begriff halbjährlich junge Politiker, profilierte Mitarbeiter aus amerikanischen wie europäischen Denkfabriken und sonstige Entscheidungsträger.

Die Zeit 22. August 2013

Der Opposition war es gelungen, das Regime nach seinen eigenen Spielregeln zu schlagen. Unterstützt wurde sie dabei von zwei großen bundesdeutschen politischen Stiftungen, die seit den sechziger Jahren in Chile tätig waren: der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Letztere hatte wegen ihrer Nähe zu den Gewerkschaften nach dem Putsch ihr sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut nach Ecuador verlagern müssen und war erst seit 1981 wieder mit einem Büro in Santiago de Chile vertreten.

Westfälischer Anzeiger 24. August 2013

Seit Mitte August ist John Emerson mit seiner Familie bereits in Berlin, am Montag tritt er sein Amt als neuer Botschafter der USA an. (...) Seine Karriere begann er Ende der 70er Jahre als Anwalt in Los Angeles. Später arbeitete er als Justiziar für die Stadtverwaltung der Westküstenmetropole. In dieser Zeit nahm er auch an einem Austauschprogramm der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung teil, das ihn für einige Zeit nach Deutschland führte.

Frankfurter Rundschau 30. August 2013

Viele Menschen könnten sich gar nichts darunter vorstellen, wenn in der politischen Debatte über Leiharbeiter und Niedriglöhner gesprochen werde, sagte die hessische FES-Büroleiterin Nicole Nestler. »Es braucht Beispiele, damit Bürgerinnen und Bürger einen Eindruck bekommen, was schlechte Arbeit heißt«, beschreibt sie das Heft. Die Stiftung wolle es etwa für die Bildungsarbeit mit Schülern nutzen.

September

Südwest Presse 10. September 2013

Die Idee zu #schauhin hatte die Bloggerin und Journalistin Kübra Gümüşay. Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte sie vorgeschlagen, mit einem Sammelbegriff rassistische Erlebnisse zum Thema zu machen – ähnlich dem #Aufschrei, der seit Anfang des Jahres Sexismus aufzeigt und auch in den Massenmedien eine Diskussion auslöste.

die tageszeitung 18. September 2013

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte geladen, über 400 Lehrer-, Ausbilder- und ReferendarInnen waren gekommen: Alle wollten am Montagabend die Veränderungen des künftigen Lehrerbildungsgesetzes erfahren, die Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) skizzierte. (...) In einem Punkt waren sich alle einig: Man kann gar nicht genug tun, um gute Kräfte für die Schulen zu finden und zu halten: »Wir brauchen die besten Lehrer in Berlin«, so Scheeres.

Der Tagesspiegel 23. September 2013

Jugendliche, die in der Schule regelmäßig Politikunterricht haben, sind eher am politischen Geschehen interessiert. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hervor. Forscher der Universitäten in Hannover und Osnabrück haben dafür gut tausend Schüler und Berufsschüler von 15 bis 25 Jahren befragt. Gerade Jugendliche, die in ihren Familien und im sozialen Umfeld nicht mit politischen Themen in Berührung kommen, profitieren vom Sozialkundeunterricht, berichten die Wissenschaftler.

Oktober

Pinneberger Tageblatt 7. Oktober 2013

Filmfest Hamburg nach zehn Tagen beendet. (...) Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr auf der Abschlussveranstaltung auch der beste politische Film geehrt. (...) Mit dem neu gestifteten Preis will die Friedrich-Ebert-Stiftung das gesellschaftlich ambitionierte Kino belohnen.

Neues Deutschland 8. Oktober 2013

Die Wunden sind längst nicht verheilt, die der Zerfall Jugoslawiens den Völkern des Balkans geschlagen hat. Vor Ort tätige Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung wissen dies. Die SPD-nahe Stiftung harrete dort auch während der Kriege um Kosovo, Kroatien und Bosnien aus.

Potsdamer Neueste Nachrichten

29. Oktober 2013

Das politische System in Deutschland geht noch immer von der falschen Annahme aus, dass Partner in einer Paarbeziehung stets gemeinsame Interessen verfolgen. Zu diesem Schluss kommen zumindest zwei Hamburger Wirtschaftswissenschaftlerinnen, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Entscheidungsprozesse untersucht haben.

November

Taxi 1. November 2013

In seinem aktuell vorgestellten Diskussionspapier »Reformoptionen für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung und Verkehrspolitik in Deutschland« kommt die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem Schluss, dass die Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für PKW kurz- und mittelfristig nicht sinnvoll sei.

Waiblinger Kreiszeitung 2. November 2013

Bereits seit elf Jahren erforscht die Stiftung die Befindlichkeiten im Land und bietet damit so etwas wie ein gesamtdeutsches Barometer der rechtsextremen Einstellungen. Um es vorwegzunehmen: Die Forscher der Friedrich-Ebert-Stiftung warnen schon seit langem, Rechtsextremismus sei in Deutschland beileibe kein Randphänomen, sondern reiche bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Und wachse.

Westfälische Rundschau 8. November 2013

»Die Misere der Tageszeitung hat unabsehbare Folgen für unser Gemeinwesen«, sagt Petra Kappe, die viele Jahre als Politik- und Lokalredakteurin der Westfälischen Rundschau tätig war. »Ohne die Vielfalt der Zeitungen wird die demokratische Meinungsbildung erheblich erschwert.« Sie sei daher froh, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung das Thema aufgreife und eine gesellschaftliche Debatte in Gang setze.

Frankfurter Rundschau 21. November 2013

Ein Bündnis aus Wissenschaft, Politik und Stiftungen startet nun einen neuen Anlauf, der Wirtschaftspolitik zeitgemäße Ziele zu geben. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), der Verein Denkwirk Demokratie und die Friedrich-Ebert-Stiftung schlagen ein neues Magisches Viereck vor. Jede Bundesregierung sollte nach diesem Konzept Rechenschaft ablegen, was sich auf diesen Gebieten getan hat: materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der öffentlichen Finanzen, soziale Nachhaltigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

Neues Deutschland 22. November 2013

»Dein Weg zum Recht« lautet der Slogan für eine Kampagne, die ein Beschwerderecht für Kinder bei der UNO fordert. Zum Tag der Kinderrechte gab es auf einer Konferenz Kritik an dem Vorhaben. (...) Die Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung versuchte auszuloten, welche Möglichkeiten ein solches Beschwerdeverfahren bietet.

Die Welt 28. November 2013

In einer Studie kommt die Friedrich-Ebert-Stiftung unlängst zu dem Ergebnis, dass sich das Label »Gesundheitsberuf« inzwischen als Kaleidoskop von gesundheitsbezogenen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie Tätigkeitsfeldern zeigt. (...) Verbindliche Definitions- und Qualitätsmerkmale für die Gesundheitsberufe gibt es bislang nicht.

Dezember

General-Anzeiger 26. November 2013

Jubiläen, runde Geburtstage sind selten Anlass zu besonderer Kritik am Jubilar. Dass man sie dennoch zu differenzierender Würdigung nutzen kann, bewies gestern Abend die Friedrich-Ebert-Stiftung im völlig überfüllten Forum ihres Hauses an der Ebert-Allee. Sie widmete Willy Brandt, der am 18. Dezember hundert Jahre alt geworden wäre, eine erste Festveranstaltung.

Süddeutsche Zeitung 27. November 2013

Die »Gefällt mir«-Gesellschaft der sozialen Netzwerke belohnt und stärkt die Sieger, die Schwachen werden bestenfalls ignoriert. Diese Gesetzmäßigkeit gilt auch für Beteiligung an politischen Prozessen. Das zumindest zeichnete sich auf einer internationalen Fachtagung ab, die das Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und dem globalen Netzwerk der Zentren für Internet und Gesellschaft in der vergangenen Woche in Berlin ausgerichtet hatte.

Wetterauer Zeitung 28. November 2013

Zu den »Bausteinen einer fahrradfreundlichen Stadt«, zusammengetragen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, zählen mit an vorderster Stelle – neben attraktiven Radwegen – mehr Bike-und-Ride-Anlagen. Also mehr Fahrradabstellanlagen, die Pendlern das Umsteigen auf Busse und Bahnen schmackhaft machen.

Süddeutsche Zeitung 4. Dezember 2013

Die Szenerie ist trügerisch. Nichts ist gelöst, die politischen Gräben bleiben tief. »Thailand muss Instrumente der Vermittlung finden, die es bislang nicht hatte«, sagt Marc Saxer, Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangkok. »Heimliche Gespräche im Hinterzimmer oder das Beschwören der Harmonie führen nicht mehr weiter.«

Deutsches Ärzteblatt 13. Dezember 2013

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wollte mit der Veranstaltung«...und das ist auch gut so – sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Schule«, (...) auf Handlungsbedarf hinweisen. Schüler, Lehrer, Eltern Mitarbeiter von Schulverwaltungen und Politiker sind aufgefordert, sich für eine »Sichtbarmachung von vielfältigen Lebensweisen und für ein tolerantes und respektvolles Miteinander einzusetzen.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung

13. Dezember 2013

Die im Auftrag des Athener Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie mit dem Titel »Die griechische Krise. Soziale Auswirkung und Antworten der Politik« kommt zu teils erschreckenden, teils überraschenden Ergebnissen. Besorgniserregend ist die Lage vieler Arbeitsloser, die vom Staat nur kurz aufgefangen, dann fallengelassen werden. (...) Unzutreffend ist laut Matsaganis hingegen die oft zu hörende Behauptung, dass Rentner die Hauptopfer der Kürzungen seien. Das Rentensystem ist nach den von der Troika durchgesetzten Kürzungen zumindest partiell sogar »gerechter« als zuvor.

Der Tagesspiegel 18. Dezember 2013

Eine Schülersprecherin habe neulich gefordert, dass »der homophobe Wahnsinn an deutschen Schulen aufhört«, berichtete Kempe-Schälicke auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die unlängst zum Thema sexuelle Vielfalt in der Schule stattfand. Lehrer, Sozialpädagoginnen und Wissenschaftler diskutierten, wie man für mehr Akzeptanz sorgt.

Nürtinger Zeitung 18. Dezember 2013

»Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« lautet der Titel einer Ausstellung, die seit Montag im Bürgersaal zu besichtigen ist. Gemeinsam mit dem zur Friedrich-Ebert-Stiftung gehörenden Stuttgarter Fritz-Erler-Forum reagierte die Nürtinger Stadtverwaltung damit auf in jüngster Zeit erfolgte Versuche rechtsradikaler Gruppen, ihr Gedankengut in Nürtingen und Umgebung zu propagieren.

Arbeitsbereiche

Politische Bildung und Beratung

- 52 Politische Akademie
- 53 Politischer Dialog
- 54 Wirtschafts-
und Sozialpolitik
- 55 Zentrale Aufgaben /
Managerkreis

Wissenschaftliche Arbeit

- 61 Studienförderung
- 62 Bibliothek der
Friedrich-Ebert-Stiftung
- 63 Archiv der Sozialen
Demokratie

Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

- 65 Erich-Brost-Sondervermögen
- 65 Franziska- und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 65 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

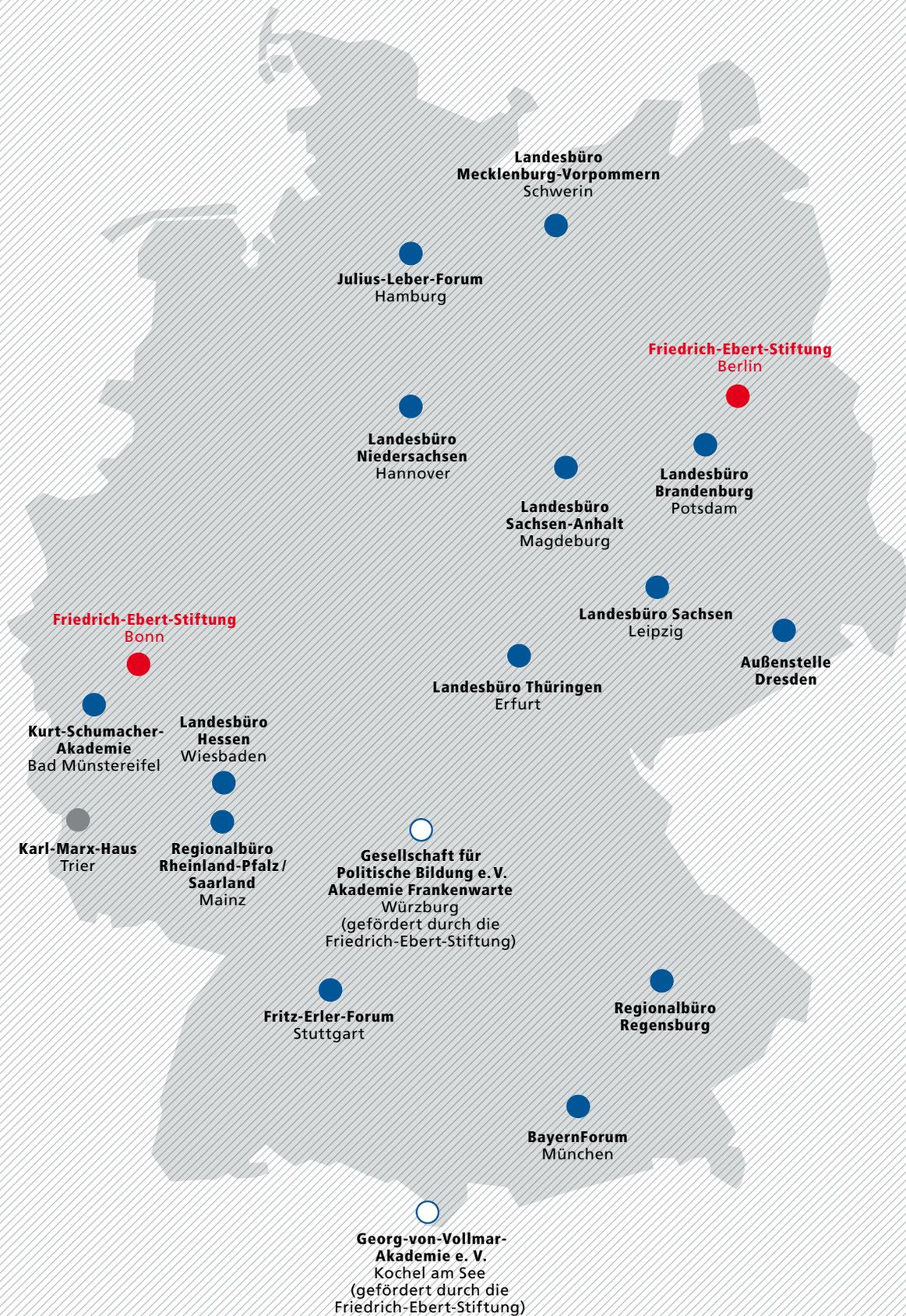
Internationale Arbeit

- 56 Die Auslandsbüros der FES
- 59 Internationaler Dialog
- 60 Internationale
Entwicklungs-
zusammenarbeit

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

- 64 »Das politische Buch«
- 64 Menschenrechtspreis
- 64 Kurt-von-Fritz-Preis
- 64 »Der politische Film der
Friedrich-Ebert-Stiftung«

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland



Politische Bildung und Beratung

Ohne die Zustimmung und Überzeugung ihrer Bürgerinnen und Bürger kann die Demokratie nicht dauerhaft gesichert und fortentwickelt werden. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems wächst vor allem aus der Erfahrung, dass in seinem Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst oder doch zumindest besser bewältigt werden können als in jeder anderen politischen Ordnung. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen sowie die demokratische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

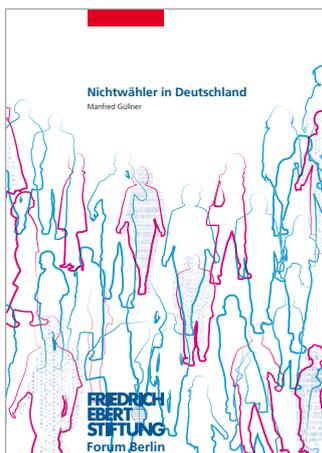
Im Jahr 2013 erreichten sämtliche Bildungsangebote und die Ausstellungen der Friedrich-Ebert-Stiftung rund 200.000 Bürgerinnen und Bürger.

Der Arbeitsbereich Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung orientiert sich an dem im Grundsatzdokument »Lernen für Soziale Demokratie« beschriebenen Selbstverständnis von politischer Bildung und dessen Konzeption hinsichtlich strategischer Ziele, Arbeitsformen und Zielgruppen sowie den Grundsätzen für Planung und Evaluierung. Somit gilt das Leitbild Soziale Demokratie mit dem besonderen Verständnis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Ziel dieses Arbeitsbereiches ist es, zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beizutragen, den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit zu fördern, zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt zu motivieren und zu befähigen sowie einen Beitrag zur Politikberatung zu leisten. Zielgruppen sind:

- Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen;
- Jugend und politischer Nachwuchs;
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen;
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten;
- Aktive in der Zivilgesellschaft;
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Parteien und Parlamenten;
- Vertreterinnen und Vertreter aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft.

Methodisch ruht die Bildungsarbeit auf den vier Säulen »Politikvermittlung«, »Lernprojekte«, »Kompetenztraining« sowie »Politikberatung«, die jeweils eine breite Palette diverser methodischer Ansätze umfassen und zunehmend durch online-basierte Angebote ergänzt und begleitet werden. Evaluierung und ein professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard der Arbeitsprozesse und ihrer Ergebnisse.



Nichtwähler in Deutschland
Manfred Güllner



Ehrenamtliche Vorstände gesucht!
Wie Sie Führungskräfte für den Verein gewinnen, entwickeln und binden.
Katrin Matuschek,
Valérie Lange



Politische Akademie www.fes.de/pa

Orientiert an dem Leitbild Soziale Demokratie, hat die Abteilung Politische Akademie (PA) auch in 2013 zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beigetragen, den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit gefördert und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motiviert und befähigt. Darüber hinaus wurden Beiträge zur Politikberatung für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten geleistet.

Organisatorische Grundlage bildet der Verbund von zentralen Bildungsprojekten in Bonn mit bundesweiter Ausrichtung, regionalen Bildungs-/Landesbüros sowie der Kurt-Schumacher-Akademie mit Internatsbetrieb. Im Rahmen von Zuwendungsverträgen fördert die PA die politische Seminararbeit der Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., München/Kochel.

Neben den zielgruppenorientierten Zentralprojekten ist die Politische Akademie im Zuge einer neuen regionalen Arbeitsteilung für die Bildungsarbeit in den südwestlichen Ländern zuständig: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern.

Die Bildungsangebote der PA beziehen sich auf die großen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse sowie die Gefährdungen der Demokratie, mit denen sich die Gesellschaft und die Politik für Soziale Demokratie konfrontiert sieht.

Es fanden rund 1.300 Veranstaltungen mit zirka 50.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Verschiedene Ausstellungen wurden von 53.650 Besucher_innen besichtigt.

Zu den thematischen Schwerpunkten zählen: Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, Medien- und Netzpolitik, Politisches Engagement in Parteien,

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, Jugend und Politik sowie Kommunalpolitik.

Das Bildungsprogramm mit seinen vielfältigen beteiligungsorientierten Arbeitsformen beinhaltet neben den Veranstaltungen, klassischen Printpublikationen und Ausstellungen auch Hörbücher als CD-ROMs, MP3-Dateien, YouTube-Videos sowie online-gestützte Lern- und Kommunikationsplattformen für spezifische Teilnehmerkreise; auch projektspezifische Newsletter werden veröffentlicht.



»Politikferne« Jugendliche besser erreichen
Ergebnisse eines Fachworkshops der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener



Wirkungsorientierte Steuerung
Haushaltskonsolidierung durch innovative und präventive Sozialpolitik



Tim Kähler u.a.

Politischer Dialog www.fes.de/politischebildung

Von der Abteilung Politischer Dialog (PD) wird politische Bildungsarbeit in Nord- und Ostdeutschland sowie in Berlin zu ausgewählten Themen mit bundespolitischer Bedeutung umgesetzt. Sie verantwortet die politische Bildungsarbeit in zehn Bundesländern sowie die Arbeit von zwei überwiegend politikberatenden Referaten am Standort Berlin.

Mit rund 1.100 Veranstaltungen wurden knapp 59.000 interessierte und engagierte Bürger_innen erreicht, weitere 29.000 Gäste besuchten 127 zusätzlich angebotene Ausstellungen. Darüber hinaus erschienen in 2013 44 Publikationen.

Beiträgen zur Überwindung zunehmender Politik- und Demokratieverdrössenheit, Förderung politischer Partizipation insbesondere junger Menschen,

Qualifizierungsangeboten für Ehrenamtliche, Organisation von regionaler Politikberatung sowie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kommt eine besondere Bedeutung zu. Zudem werden Veranstaltungen der politischen Bildung auch im ländlichen Raum angeboten.

In Berlin konzentriert sich das »Forum Politik und Gesellschaft« auf die Politikfelder Familien-, Frauen- und Geschlechterpolitik, Jugend- und Antidiskriminierungspolitik, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. Darüber hinaus wird hier die abteilungsübergreifende Genderkoordination der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und verantwortet.

Die dem Arbeitsbereich zugeordnete Zeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« befasst sich mit grundlegenden Fragen der Demokratieentwicklung und mit aktuellen Themen der Sozialen Demokratie.

Das »Forum Berlin« fokussiert neben dem Zentralprojekt Rechtsextremismus die Arbeitslinien Teilhabe und Integration, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Kulturpolitik, Deutsche Einheit, die Landespolitik Berlin sowie Aufgaben der empirischen Sozialforschung.



Raus aus der Altschuldenfalle

Andreas Bovenschulte, Rudolf Hickel, Carsten Sieling



Familienarbeitszeit Wirkungen und Kosten einer Lohnersatzleistung bei reduzierter Vollzeitbeschäftigung

Kai-Uwe Müller, Michael Neumann, Katharina Wrohlich



Wirtschafts- und Sozialpolitik www.fes.de/wiso

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) berät und informiert Politik und Gesellschaft in Deutschland zu wichtigen Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Zu diesem Zweck organisiert sie Veranstaltungen, auf denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten aktuelle Probleme und Grundsatzfragen diskutieren. In zwei Publikationsreihen, »WISO Diskurs« (längere Dokumentationen und Expertisen) und »WISO direkt« (kürzere Analysen und Konzepte) veröffentlicht die Abteilung Analysen und Expertisen, die auf diesen Veranstaltungen vorgestellt werden und handlungsorientierte Diskursergebnisse einem Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft zugänglich machen. 2013 erschienen 29 »WISO Direkt«, 35 »WISO Diskurs« und fünf Publikationen des Fortschrittsforums, die auch über »WISO digital«, einen elektronischen Newsletter, verteilt wurden. Seit 2013 verfolgt die Abteilung eine weitgehend digitale Publikationsstrategie mit nur noch kleinen Druckauflagen.

Im Mittelpunkt der Abteilungsarbeit stand 2013 weiter die Eurokrise, zu der eine Reihe von Studien und Veranstaltungen realisiert wurden. Ein damit verbundener thematischer Schwerpunkt war die Problematik der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben mit den Aspekten »notwendige öffentliche Dienstleistungen«, »Steuerpolitik« und »Staatsverschuldung«. Die Abteilung begleitete auch 2013 die im Frühjahr 2011 etablierte Enquête-Kommission

des Bundestages zu »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« mit einem Fortschrittsforum (siehe auch www.fortschrittsforum.de), das über 90 prominente Mitglieder hat und sich den vielfältigen Perspektiven der Frage »Wie wollen wir leben?« widmet. Das Fortschrittsforum stellte einen Bericht mit konkreten Handlungsoptionen vor.

In einer Reihe von Arbeits- und Gesprächskreisen findet ein kontinuierlicher Meinungs austausch und Beratungsprozess zu aktuellen Fragen statt, aus denen vielfältige Veröffentlichungen hervorgehen.

Dazu zählen:

- Arbeitskreis Arbeit – Betrieb – Politik
- Arbeitskreis Dienstleistungen
- Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik
- Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen
- Arbeitskreis Mittelstand
- Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik
- Gesprächskreis Verbraucherpolitik
- Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung
- Gesprächskreis Migration und Integration
- Gesprächskreis Sozialpolitik
- Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik

Weitere Themenfelder wie Allgemeine Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik und Außenwirtschaft (dazu zählen die Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Globalisierung) werden in Veranstaltungen und Publikationen zu aktuellen Fragen bearbeitet.



Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs

Hans Eichel, Philipp Fink, Heinrich Tiemann



Das Neue Magische Viereck nachhaltiger Wirtschaftspolitik

Erik Klär, Fabian Lindner, Kenan Šehović



Zentrale Aufgaben / Managerkreis www.fes.de/zentrale_aufgaben

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit 1991 ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik und hat derzeit etwa 1.200 Mitglieder. Um die gesellschaftliche Debatte anzuregen, organisiert der Managerkreis öffentliche Podiumsdiskussionen und Fachgespräche und erarbeitet Thesenpapiere und Dokumentationen. Hintergrundgespräche für Mitglieder vervollständigen das Angebot und dienen der fachlichen Vernetzung. Mit den seit 1998 bestehenden Regionalkreisen wird der Austausch unter den Mitgliedern auch auf Landesebene gefördert. Die Positionen des Managerkreises können so auch im regionalen Kontext

Im Jahr 2013 fanden 76 Maßnahmen des Managerkreises statt, darunter 25 öffentliche Veranstaltungen sowie 18 Hintergrund- und 17 Fachgespräche. In vier Publikationen wurden die Thesen des Managerkreises und Dokumentationen von Veranstaltungen veröffentlicht; zwei Impulspapiere wurden an Entscheidungsträger im politischen Umfeld übermittelt.

behandelt und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Diskussion miteinbezogen werden. Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit den Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt.

Mit seinen permanenten Arbeitsgruppen Wirtschafts- und Ordnungspolitik, Finanzpolitik, Energie- und Klimapolitik, Mobilitätspolitik, Gesundheitspolitik sowie

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft liefert der Managerkreis substanzielle Beiträge und Lösungsvorschläge, wie die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland gestärkt werden kann.



Daheim statt im Heim – Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Dokumentation einer Podiumsdiskussion



Für zukunftsfähige Kommunalfinanzen

Volker Halsch
Udo Stähler
Mirko Weiß



Die Auslandsbüros der FES

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D.C.

Südamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Managua
- 9 Kingston
- 10 Santo Domingo
- 11 San José
- 12 Panama-Stadt
- 13 Caracas
- 14 Bogotá
- 15 Quito
- 16 Lima
- 17 La Paz
- 18 São Paulo
- 19 Santiago
- 20 Buenos Aires
- 21 Montevideo

Europa

- 22 Lissabon
- 23 Madrid
- 24 London
- 25 Paris
- 26 Brüssel (EU)
- 27 Genf (UN)
- 28 Rom
- 29 Prag
- 30 Bratislava
- 31 Zagreb
- 32 Budapest
- 33 Belgrad
- 34 Banja Luka
- 35 Sarajevo
- 36 Pristina
- 37 Tirana
- 38 Skopje
- 39 Athen
- 40 Sofia
- 41 Bukarest
- 42 Chişinău
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 45 Vilnius
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- 48 Tallinn
- 49 Moskau
- 50 Nikosia

Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

- 51 Istanbul
- 52 Ankara
- 53 Beirut
- 54 Tel Aviv
- 55 Jerusalem (Ost)
- 56 Amman
- 57 Gaza-Stadt
- 58 Sanaa
- 59 Rabat
- 60 Tunis
- 61 Kairo

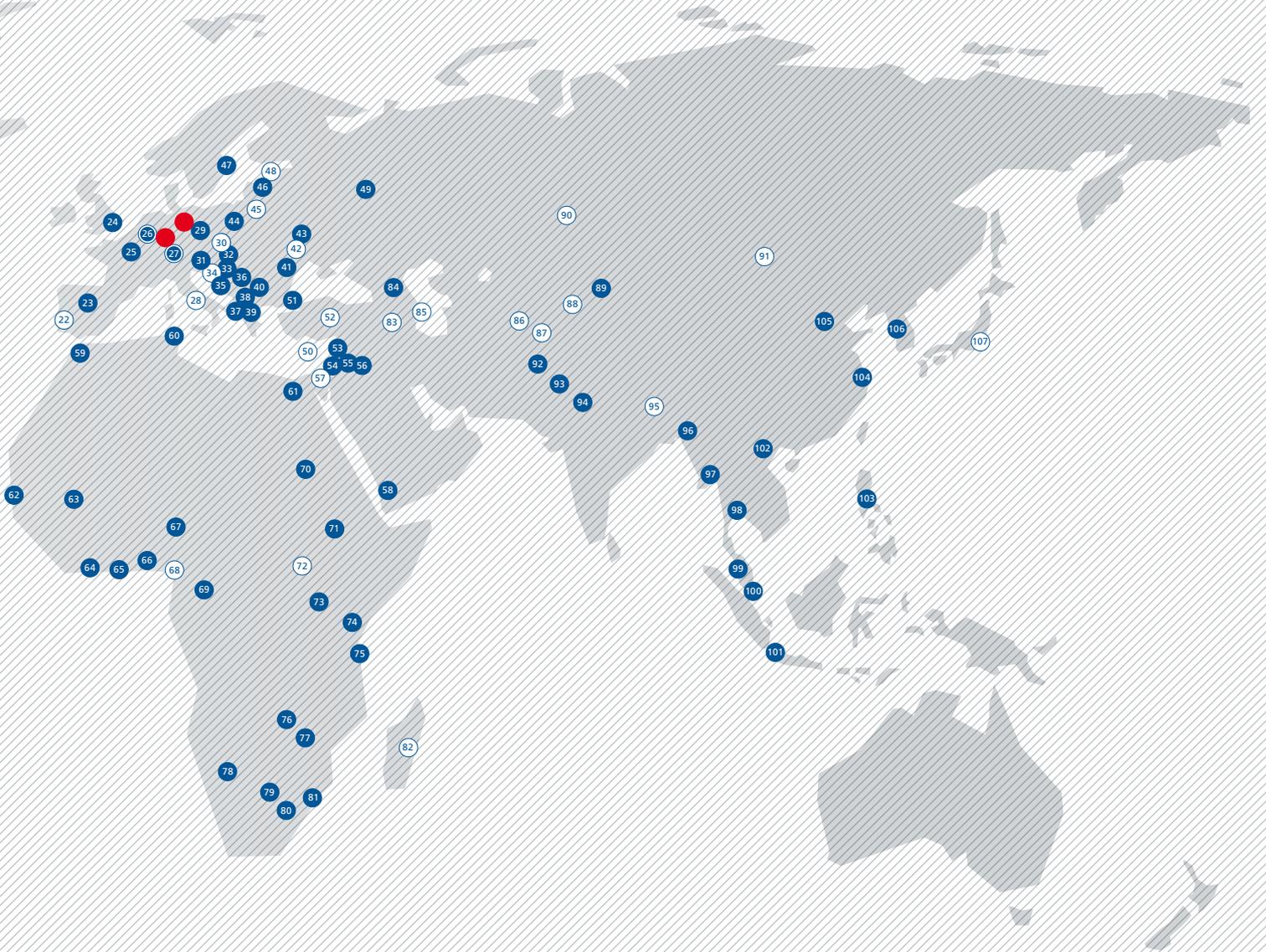
Afrika

- 62 Dakar
- 63 Bamako
- 64 Abidjan
- 65 Accra
- 66 Cotonou
- 67 Abuja
- 68 Lagos
- 69 Yaoundé
- 70 Khartum
- 71 Addis Abeba
- 72 Juba
- 73 Kampala
- 74 Nairobi
- 75 Daressalaam
- 76 Lusaka
- 77 Harare
- 78 Windhuk
- 79 Gabarone
- 80 Johannesburg
- 81 Maputo
- 82 Antananarivo

Asien

- 83 Jerevan
- 84 Tbilissi
- 85 Baku
- 86 Taschkent
- 87 Duschanbe
- 88 Bischkek
- 89 Almaty
- 90 Astana
- 91 Ulan Bator
- 92 Kabul
- 93 Islamabad
- 94 Neu Delhi
- 95 Kathmandu
- 96 Dhaka
- 97 Yangon
- 98 Bangkok
- 99 Kuala Lumpur
- 100 Singapur
- 101 Jakarta
- 102 Hanoi
- 103 Manila
- 104 Shanghai
- 105 Peking
- 106 Seoul
- 107 Tokio





-
- FES-Zentralen in Bonn und Berlin
 - Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter/-innen
 - Büros mit FES-Ortskräften
 - Büros mit überstaatlichem/internationalem Bezug

Stand: Juni 2014

Die Internationale Arbeit der FES

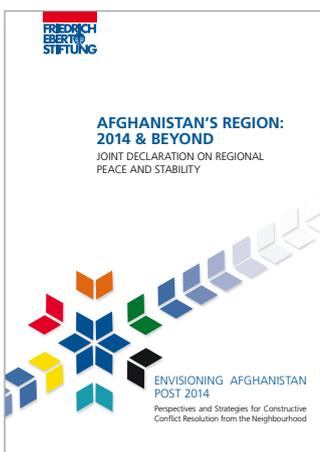
Internationale Arbeit hat in der Friedrich-Ebert-Stiftung lange Tradition: Sie unterstützte die jungen afrikanischen Regime nach der Entkolonisierung und förderte den Aufbau demokratischer Gesellschaftsstrukturen in Lateinamerika und auf der Iberischen Halbinsel. Die Transformation in Mitteleuropa und der demokratische Wiederaufbau auf dem Balkan wurden eng begleitet. In den jüngsten Umbrüchen in Nordafrika kann die FES auf diese vielfältigen Erfahrungen zurückgreifen.

Die internationalen Beziehungen befinden sich im Wandel. Der Aufstieg großer Schwellenländer verändert die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, gleichzeitig entstehen Regionen, in denen der soziale Zusammenhalt zerbricht und Gewaltkonflikte eskalieren. Die internationale Arbeit der FES setzt sowohl auf der nationalen als auch zunehmend auf der regionalen und globalen Ebene an. Weltweit arbeiten wir mit Akteuren aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zusammen, die uns durch gemeinsame Wertvorstellungen verbunden sind. Das eng geknüpfte Netzwerk von Auslandsbüros ist eine besondere Stärke der Stiftungsarbeit.

Weltweit wird mit großem Interesse verfolgt, wie Europa mit Krisen umgeht und welche Richtungsentscheidungen daraus für den weiteren Kurs der Integration erkennbar werden. Daher waren im Jahr 2013 die krisenhaften Entwicklungen in der Eurozone ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit. Ein weiteres

zentrales Thema ist die Frage, wie Ökonomien und Gesellschaften weltweit nachhaltige Entwicklungspfade einschlagen können, bei denen auch die soziale Gerechtigkeit nicht vernachlässigt wird. Die Vermittlung der Decent Work Agenda bildet deshalb gerade in der Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Gewerkschaften einen Schwerpunkt: Es geht um die Sicherung von fairen Arbeitsbedingungen und der Chancenverteilung durch Bildung. Das Modell einer »guten Gesellschaft«, wie es von der deutschen Sozialdemokratie formuliert wird, findet auch zunehmendes Interesse in den Partnerländern und wird durch unsere Büros transportiert.

Mit hochrangig besetzten Konferenzen wie der außenpolitischen Tiergartenkonferenz, der Gerechtigkeitswoche oder den Veranstaltungen zum Welttag für menschenwürdige Arbeit wird die breitere politische Öffentlichkeit für zentrale Fragen globaler Politik sensibilisiert. Der Newsletter »Neuerscheinungen aus der internationalen Arbeit der FES« informiert regelmäßig über aktuelle Publikationen zu einzelnen Entwicklungen in den Ländern sowie zu zahlreichen Themen der internationalen Politik. Zudem wurde mit dem »ipg-journal« eine innovative Debattenplattform für Fragen internationaler und europäischer Politik neu geschaffen. Dieses webbasierte Angebot zielt auch darauf, ein jüngeres, internetaffines Fachpublikum für internationale Themen zu gewinnen.



**Afghanistan's Region:
2014 & Beyond**
Joint Declaration on
regional Peace and
Stability



**Germany and
Russia in 2030**
Scenarios for a Bilateral
Relationship



Internationaler Dialog www.fes.de/international

Die Abteilung Internationaler Dialog organisiert den Erfahrungsaustausch mit Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie in den Ländern der »nördlichen« Hemisphäre. Sie ist dort mit 42 Büros vertreten.

Schwerpunkt der Arbeit in Westeuropa und Nordamerika ist der Dialog über sozialdemokratische Konzepte unter den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen. Ziele sind die Analyse und der Vergleich unterschiedlicher Erfahrungen in der politischen Durchsetzung. Die politischen Erfahrungen aus anderen Ländern bilden die Grundlage für die Beratungsfunktion im Inland. Die Spannungen im Euroraum und die Visionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union standen 2013 im Zentrum der Arbeit.

Im Raum Mittel- und Osteuropa stehen Fragen der Konsolidierung der Demokratie, der Unterstützung der Transformation und der Annäherung an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards der Europäischen Union im Mittelpunkt.

In den 42 Büros der Abteilung Internationaler Dialog sind 29 entsandte Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeiter beschäftigt.

Das Referat Internationale Politikanalyse leistet Politikberatung zu internationalen Fragen und arbeitet als Verbindungselement zwischen der Auslandsarbeit und den politischen, gewerkschaftlichen

und wissenschaftlichen Partnern in Deutschland. Längerfristige Schwerpunkte werden mit Blick auf deren Bedeutung für den politischen Diskurs in Deutschland identifiziert, aktuelle Themen unter dem Kriterium der politischen Relevanz aufgegriffen.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

Freihandel mit Asien und der EU – amerikanische Ziele und Positionen

SABINE MUSCAT April 2013

- Zweijährige Handelspolitik:** Die US-Regierung von Präsident Barack Obama streift diese Handelspolitik (zwei große Projekte parallel in Angriff). Seit 2012 verhandelt sie mit einer wachsenden Gruppe von Anwerbern des Pacific Trade and Investment Partnership (PTIP). In diesem Jahr will sie nun auch Freihandelsabkommen über eine transatlantische Trade and Investment Partnership (TTIP) mit der EU aufzeichnen.
- Wirtschaftliche Vorteile:** Die USA erhoffen sich Zugang zu den Wachstumsmärkten Asiens. Beim TPP wird Wertungen auf den Wegfall von Zöllen und Handelsbarrieren, aber auch auf besseren Schutz geistigen Eigentums und Regeln für den Wettbewerb in Dienstleistungsbereichen. Die EU sieht vorrangige Partner für Investition und Investitionen. Die Barriere wird gering, aber man hofft, dass bei dem großen Volumen selbst kleine Verbesserungen einen großen Nutzen bringen. Von einem Fall mit der EU versprechen sich die USA eine den Abbau von nicht-karitativen Handelsbarrieren für Dienstleistungen und Agrarprodukte.
- Transatlantisches Projekt:** In den letzten Jahren fehlte den transatlantischen Partnern ein identitätsstiftendes Projekt jenseits der gemeinsamen Kernwerte. Das TPP soll diese Lücke füllen – und dient zudem der Ausbalancierung der starken Asien-Orientierung der Obama-Regierung.
- Globaler Marktmechanismus:** Aus 2013 können beide Abkommen Marktmechanismen für den globalen Handel anerkennen – und insbesondere für den Konsumgüter-Handel. Eine Gefahr für die multilateralen Handelsabkommen im Rahmen der Welt-Handelsorganisation wird nicht mehr befürchtet – im Gegenteil gibt es die Hoffnung an weiteren Verhandlungen.
- Harter Weg:** In Asien-Pazifik verhandelt die USA mit Ländern mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand. Der Beitritt Japans wird die Lage weiter verschärfen. Aber auch die neuen Verhandlungen für die WTO zeigen kein einheitliches Parteien-Dauerthema was sonstige Regeln im Agrarbereich oder der Umgang mit Daten und Schutzmaßnahmen, sondern auch die Handelsregeln betreffen.

Freihandel mit Asien und der EU – amerikanische Ziele und Positionen
Sabine Muscat

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG PERSPECTIVE

Austerity and Income Distribution in Europe

Cohesion despite Weak Growth
MICHAEL DAUERSTÄDT AND CEM KELTEK July 2013

Europe has reacted to the sovereign debt panic in the Euro area primarily with austerity. The policies which were implemented, mainly across too small, and the European Central Bank (ECB) has been looting up government bonds, only to be sold on the market after some controversy and with reluctance, while austerity programmes have largely been applied. However, these effects to credit-date budgets only make things worse. In the surplus of the European Union (EU). The reports of member nations had underestimated the level of the multipliers that indicate how much GDP and thus also employment will fall if one cuts government spending. In the meantime Europe is sliding into an ever more intractable recession, with alarming unemployment in many member states.

What have been the effects of this development on income distribution in Europe? The present analysis relies on the most recent available data from Eurostat Statistics on Income and Living Conditions (SILC), which covers also the year 2011. In 2011, the EU showed average real growth of 1.5 per cent. The real economy began in 2012 when real GDP fell by 0.9 per cent. However, growth was almost halved again in 2013. In order to assess the effects on inequality in the EU, however, we must first take a closer look at its structure.

United States estimates of the inequality within the EU? Eurostat does not provide realistic data on income distribution in the EU27, but only a fairly corrected average value. The indicator applied here, also used by Eurostat, for income distribution is the income quartile share ratio, also known as the S80/S20 ratio, which gives the ratio between the incomes of the poorest 10% of the population and the richest 10%.

In 2011, this ratio fluctuated – for distribution within states – between 3.5 in Slovenia and 6.8 in Spain. In Germany, the value remained unchanged at 4.5. For the EU as a whole the average value was around 5.1 and had thus again demonstrated since its relative low of 4.9 in 2008, at the peak of the recession. Hence a trend observed in the old member states (EU15) towards increasing inequality, which meant the average income quartile share ratio of 4.5 at the beginning of the century to 5.1 in the 12 new member states. In contrast, except by within states had fallen consistently, on average, since 2008 from 7.4 to 5.2 (2010), rose slightly in 2011 to 5.1. This outcome was to be expected given austerity, weaker growth and higher unemployment.

Underestimated Level, False Trend

However, these average values imply that the poorest and the richest 10% of the EU population (not under 100 million people) comprise the poorest and richest 10% of the EU, in fact, however, the poorest 10% of the EU comprises predominantly inhabitants – and not only from the poorest 10% (one) – of the member states.

The Distribution of Income between and within the Member States

In a multilateral integration area such as the EU, income distribution has two dimensions: within states and between states. The EU had regards these two cases of inequality as strictly separate, which leads to highly di-

Austerity and Income Distribution in Europe
Michael Daurerstädt
Cem Keltek

Internationale Entwicklungszusammenarbeit www.fes.de/international

Angesichts neuer globaler Herausforderungen und der zunehmenden Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen sind der Gestaltungsanspruch, aber auch die Anforderungen an die deutsche und internationale Politik gestiegen. Für die Soziale Demokratie sind dabei Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit auch in der internationalen Politik leitende Prinzipien. Auf der Basis der Grundwerte gilt es zu überprüfen, mit welchen Mitteln und Strategien ihre Ziele unter den Bedingungen der Globalisierung erreicht werden können. Soziale Gerechtigkeit organisieren, die Wirtschaft von morgen gestalten und Frieden und Sicherheit stärken: In diesen und den übergreifenden Themen Globalisierung und Demokratieförderung engagiert sich die Friedrich-Ebert-Stiftung, um das Leitbild der Sozialen Demokratie in der internationalen Politik weiterzuentwickeln.

Neben den landesspezifischen Projektansätzen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in zahlreichen Regionen übergreifenden Projekten und umfassenderen Fragestellungen. Dazu gehören Thementeams, die AG Globale Fragen, in der der Dialog zwischen Schwellen- und Industrieländern gefördert wird, sehr gut etablierte Programme wie das Globalisierungsprojekt und das internationale Gewerkschaftsprojekt sowie das 2011 begonnene Schwerpunktprogramm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten«.

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) war im Jahr 2013 in 63 Ländern mit Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten in New York und Genf vertreten. Zwei Büros – in Myanmar und Bangladesch – werden aufgebaut. In 12 weiteren Ländern werden Programme durchgeführt.

Diese Programme werden in enger Abstimmung zwischen den Einheiten der IEZ in Berlin und den Auslandsbüros konzipiert und umgesetzt, wie zum Beispiel die Aktivitäten zu einer umfassenden sozialen Basissicherung, zur Zukunft Afghanistans oder zur Debatte um eine neue Entwicklungsagenda. Eine besonders wichtige Rolle in der

Arbeit nimmt die Kooperation mit den Organisationen der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegungen ein. 2013 konzentrierte sich die Arbeit unter anderem auf die weitere Umsetzung der Decent Work Agenda und den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen.

In Deutschland begleitet die Abteilung mit Dialogangeboten, Publikationen und Beratung intensiv die Diskussionsprozesse zur internationalen Politik und trägt so dazu bei, dass politische Analyse, politische Debatte und politisches Handeln stärker ineinandergreifen. Dazu zählen Gesprächskreise und thematische Arbeitsgruppen zu Klima und Entwicklung oder Krisenprävention, an denen Parlamentarier_innen, Vertreter_innen von Gewerkschaften und NGOs sowie Wissenschaftler_innen teilnehmen. Qualitätsmanagement und Evaluierung nehmen in der Arbeit der IEZ weiterhin einen hohen Stellenwert ein.



Wie mit Homophobie Politik gemacht wird

Rita Schäfer
Eva Range



Tax Havens and the Taxation of Transnational Corporations

Markus Henn



Wissenschaftliche Arbeit

Studienförderung www.fes.de/studienfoerderung

Seit ihrer Gründung fördert die Friedrich-Ebert-Stiftung begabte junge Menschen im Sinne der Sozialen Demokratie. Mit Stipendien unterstützt und begleitet sie Studierende und Promovierende insbesondere aus sozial und finanziell benachteiligten Milieus. Im Zentrum steht dabei die Frage: Wer sind die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von morgen, die die Werte der Sozialen Demokratie in die Gesellschaft tragen? Die Studienförderung versteht sich darüber hinaus als Ideen- und Impulsgeberin. Sie treibt die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen aktiv mit voran.

In der Abteilung arbeiten 49 Mitarbeiter_innen daran, überdurchschnittlich begabte und gesellschaftspolitisch engagierte Stipendiatinnen und Stipendiaten auszuwählen, sie während ihres Studiums materiell und ideell zu fördern, mit den Ehemaligen in nachhaltigem Kontakt zu bleiben und – nicht zuletzt – einen politischen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu leisten.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen. Im Jahr 2013 konnten 32 internationale Stipendiat_innen gefördert werden.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

SEB AG Bonn | BLZ 380 101 11 | Konto 1010 606 208

IBAN DE92 3801 0111 1010 6062 08 | BIC ESSEDE5F380

Im Jahr 2013 gingen rund 5.450 Bewerbungen ein. Insgesamt befanden sich zirka 2.730 Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Förderung, davon rund 310 ausländische Studierende. Der Frauenanteil in der Förderung lag bei etwa 46 %. Im Bereich der Förderung von Deutschen und Bildungsinländerinnen und -inländern

waren rund 45 % der Neuaufgenommenen Erstakademiker_innen, das heißt, sie haben als Erste aus ihrer Familie ein Studium aufgenommen. Unter allen neu aufgenommenen Stipendiat_innen hatten rund 24 % einen Migrationshintergrund. Die Durchschnittsnote der Absolventinnen und Absolventen in der BMBF-Grundförderung war mit 1,4 sehr gut.

Auf der regionalen und lokalen Ebene haben sich die FES-Stipendiatinnen und Stipendiaten 2013 in 68 Hochschulgruppen in Deutschland und sieben Hochschulgruppen im Ausland engagiert. Darüber hinaus konnten sie sich einem der 30 thematischen Arbeitskreise anschließen oder in der stipendiatischen Selbstverwaltung aktiv beteiligen. Einen



Gute Ganztagschulen

Hrsg. Ute Erdsiek-Rave
Marei John-Ohnesorg



Arbeitsplatz Hochschule: Aufstieg oder Sackgasse?

Angela Borgwardt



zentralen Beitrag für das Angebot leisten auch die Ehemaligen – insbesondere im Rahmen des bundesweiten FES-Mentoring-Programms, das zirka 1.000 Mentor-Mentee-Paare zusammenbringt. Bis heute haben fast 20.000 Personen die Förderung durchlaufen. Die FES hält derzeit mit über 13.000 ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten engen Kontakt, unter anderem über politisch hochkarätig besetzte Ehemaligentreffen.

In drei Expertennetzwerken aus Akteuren der Landes- und Bundespolitik, aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften unterstützt die Abteilung die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen. Besonders hervorzuheben ist für das Jahr 2013 die Beschäftigung mit dem Thema Ganztagschulen im »Netzwerk Bildung«. Hier wurden Empfehlungen zur Gestaltung guter Ganztagschulen erarbeitet und erstmalig ein Überblick über den Stand des Ausbaus in allen 16 Bundesländern zusammengestellt.

Bibliothek <http://library.fes.de>

Über 985.000 Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung.

Die Bibliothek der FES zählt mit fast einer Million Bänden zu den bedeutendsten historisch-sozialwissenschaftlichen Fachbibliotheken weltweit. Sie hat zahlreiche wertvolle sozialdemokratische und gewerkschaftliche Spezialbibliotheken und die Bibliotheken privater Sammler aus dem politischen Umfeld übernommen. Unter anderem verwahrt sie seit den späten 1960er-Jahren die überlieferte Bibliothek des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die Sammlung der Seliger Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten).

Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben die meisten deutschen Einzelgewerkschaften und große internationale Gewerkschaftsbünde ihre Bibliotheksbestände unter das Dach der FES gegeben, die damit heute über die größte Gewerkschaftsbibliothek der Welt verfügt.

Sammelschwerpunkte sind Veröffentlichungen zur Geschichte und Gegenwart der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie zentrale Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte.

Die Bibliothek erwirbt und erschließt seit vielen Jahren die Primärveröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern Europas. Dieser Bestand bildet die Grundlage für eines der weltweit größten Dokumentationszentren für die Parteien- und Gewerkschaftsforschung.

Die Bestände der Bibliothek stehen der Öffentlichkeit über den nationalen Leihverkehr konventionell und digital zur Verfügung und sind in alle bedeutenden nationalen und internationalen Datenbanken und virtuellen Fachbibliotheken integriert.

Umfangreiche Angebote digitalisierter Quellen der sozialen Bewegungen stellen die ideale Verbindung zwischen »gedrucktem Gedächtnis« und digitalem Dienstleistungsangebot sicher. Fachbibliografien, kommentierte Bestandsverzeichnisse, Ausstellungen und Vorträge auf Fachkongressen erreichen eine breite Öffentlichkeit.

Sämtliche FES-Veröffentlichungen weltweit werden von der Bibliothek gesammelt und erschlossen. Ihre »Digitale Bibliothek« garantiert den unbeschränkten und dauerhaften Zugriff auf alle Arbeitsergebnisse der Stiftung.

Archiv der Sozialen Demokratie www.fes./archiv/adsd_neu

Kernkompetenz des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) ist die Sicherung, Erhaltung und Erschließung sowie Aufarbeitung des ungedruckten Gedächtnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, einzelner Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und verschiedener Organisationen aus dem Umfeld. Das AdsD gliedert sich in das Referat Organisationsbestände, das Referat Personenbestände und Sammlungen (Schriftgutbereiche und audiovisuelle Bestände) und das Referat Public History (historisch-politische Bildung, Forschung, Beratung).

Neben der wichtigsten Aufgabe, Bestände in konventioneller Form zu sichern, steht das Archiv in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, vermehrt digitale Bestände zu übernehmen und nichtdigitale Bestände für das Internet in geeigneter Weise aufzubereiten. In der Online-Präsentation »Digitales Archiv« werden neben der Bestandsübersicht und (audio)visuellem Material in den nächsten Jahren verstärkt Schriftgutbestände im Netz recherchiert werden können.

Die Langzeitsicherung originär digitaler Überlieferungen stellt einen wesentlichen Teil des Aufgabenspektrums dar. Das AdsD stellt sich dieser Herausforderung seit einigen Jahren und kann in diesem Bereich auf fundierte Erfahrungen zurückgreifen. Bei der Langzeitarchivierung von E-Mail-Korrespondenzen hat das AdsD archivgeschichtliches Neuland betreten und eine anerkannte Vorreiterfunktion übernommen.

Die Ausstellung im Museum Karl-Marx-Haus in Trier besuchten im Jahr 2013 über 40.000 Gäste.

An der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft beteiligt sich das Referat »Public History« an fachlichen Debatten und öffentlichen Diskussionen

über historische Themen, die für die Gegenwart von Bedeutung sind. Auf diese Weise wird an die Leistungen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie das Wirken ihrer Persönlichkeiten in zeitgemäßer Form erinnert. Verschiedene Formate der historisch-politischen Bildung zeigen die Wurzeln der Sozialen Demokratie auf und tragen dazu bei, sie in heutigen Diskussionszusammenhängen zu stärken.

Die im Archiv entwickelten Ausstellungen, zum Beispiel zum 150-jährigen Bestehen der Sozialdemokratie, stoßen national wie international auf reges Interesse. Das aus diesem Anlass entwickelte Internetportal www.fes.de/150jahre bündelt ein reichhaltiges Informationsangebot zur sozialdemokratischen Geschichte und stellt nicht zuletzt eine Fülle von digitalisierten Dokumenten zum Download bereit. Aus der Veranstaltungsreihe »Gesprächskreis Geschichte« gehen im besten Sinne populäre Publikationen hervor. Zudem greift das seit 1961 jährlich erscheinende Archiv für Sozialgeschichte als international anerkannte Zeitschrift gegenwartsrelevante Fragestellungen auf. Die vom AdsD organisierten Konferenzen und Workshops bieten etablierten wie jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine Diskussionsplattform und die Möglichkeit, für eine breitere Öffentlichkeit relevante Impulse zu setzen.



Wandel des Politischen
Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre
Meik Woyke



Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland
Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter
Ilse Fischer

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

»Das politische Buch«

Für sein Buch »Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas« erhielt der österreichische Romancier und Essayist Robert Menasse den Preis »Das politische Buch« des Jahres 2013. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird von einer unabhängigen Jury verliehen.

Die Jury würdigt Menasses leidenschaftliches und überzeugendes Plädoyer für Europa. Menasse streitet für ein Europa, das nicht auf Wirtschafts- und Finanzfragen reduziert werden darf, für ein Europa als Idee und als Antwort auf das historisch begründete Verlangen politisch denkender Menschen nach Frieden und Freiheit. Virtuos korrigiert Robert Menasse dabei die offen oder versteckt formulierten Vorurteile gegenüber den Brüsseler Institutionen. Mit seinem Aufruf gegen das Ausufern nationaler Identitäten und für mehr Demokratie in Europa stößt er notwendige Diskussionen an. Sein Buch verbindet Streitkultur, Aufklärung, Werbung, Reportage und persönliches Bekenntnis in einer Form und einer Sprache, die für den Bereich der politischen Literatur Maßstäbe setzt.

(Menasse, Robert: Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas, Paul Zsolnay Verlag 2012)

Menschenrechtspreis

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises an das »Center for Democracy and Reconciliation in Southeast-Europe« (CDRSEE) ehrt die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Nichtregierungsorganisation, die sich seit 1998 in Südosteuropa für die Stärkung demokratischer und pluralistischer Gesellschaften und die Versöhnung zwischen den Völkern dieser Region einsetzt.

Aus der Fülle der Aktivitäten von CDRSEE sticht das »Gemeinsame Geschichtsprojekt« besonders hervor. Mit Arbeitsbüchern und einem neuen Lehrkonzept zu zentralen Geschichtsepochen wurde der mittlerweile erfolgreiche Versuch unternommen, die politisch Verantwortlichen in den Ländern Südosteuropas zu überzeugen, an der Überwindung gegenseitiger Stereotype und Vorurteile zu arbeiten.

Kurt-von-Fritz-Preis

Das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern der Friedrich-Ebert-Stiftung vergibt jährlich den Kurt-von-Fritz-Preis für Nachwuchswissenschaftler_innen. Der Namensgeber Kurt von Fritz lehrte an der Universität Rostock und verweigerte als einziger deutscher Professor den Dienst auf Adolf Hitler.

Der Kurt-von-Fritz-Preis prämiert Arbeiten zum Master-, Bachelor-, Magister- und Staatsexamenabschluss, die in herausragender Weise soziale, ökologische, kulturelle und demokratiebedeutsame Themen aufgreifen.

»Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung«

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in 2013 erstmalig im Rahmen des Filmfestes Hamburg einen eigenen Preis vergeben: »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung«. Mit dem Preis werden Filmschaffende gefördert, die mit ihren Themen anregen, bewegen und neue Einsichten möglich machen; prämiert wird die beste Regiearbeit.

Am 5. Oktober 2013 wurde der mit 5.000,- Euro dotierte Preis auf der Abschlussveranstaltung des Filmfestes Hamburg zu gleichen Teilen an zwei Gewinner verliehen: »Fire in the Blood«, Regie: Dylan Mohan Gray, Indien und »Manuscripts Don't Burn«, Regie: Mohammad Rasoulof, Iran.

Aus der Begründung der Jury:

»Bei »Fire in the Blood« geht es um Aids in Entwicklungsländern und den Kampf um die Bezahlbarkeit der Medikamente. Der Film ist großartig recherchiert und empörend deutlich wird hier die Allmacht der Wirtschaftsverbände (hier WTO – World Trade Organisation). Ein Film, der zum Kämpfen auffordert.«

»Manuscripts Don't Burn«: »Iran in den 1990er Jahren. Wir folgen zwei Geheimdienstmitarbeitern, die unterwegs sind, um ihre Mitmenschen zu überwachen, zu foltern und zu ermorden. Eine ruhige, dunkle, völlig konzentrierte Reise in die absolute Trostlosigkeit eines totalitären Regimes.«

Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Im Jahr 2013 standen aufgrund der Entwicklung der Zinserträge im Vorjahr wieder deutlich mehr Mittel aus dem Erich-Brost-Vermögen für Aktivitäten zur Verfügung.

Die Ausrichtung dieser Aktivitäten orientierte sich weiter am Geiste der Satzung der Erich-Brost-Stiftung. Sie folgen den thematischen Schwerpunkten:

- Förderung der Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- Bürgerschaftliches Engagement
- Inklusion
- Bildungspolitik

Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem 2. Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. Bis 1959 war er Oberbürgermeister von Braunschweig und von 1959 bis 1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann verheiratet.

Die 1990 eingerichtete Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung fördert Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft, einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2013 wurde eine Fachtagung über »Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2012 für die Erwerbslosenarbeit« der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und die Tagung »Politiker und Moral« gefördert. Unterstützt wurden zudem Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises »Mittelstand« der FES.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen.

Die unselbständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung, auf die Publikation von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2013 förderte die Stiftung:

1. Das XI. Arnoldshain Seminar, Prof. Roland Eisen
2. Das Projekt Stolpersteine Gelnhausen, Prof. David Lupton/Rosemarie Bartel

Anhang

68 Organisationsplan

Jahresabschluss zum 31.12.2012

- 70 Bilanz
- 72 Einnahmen- und
Ausgabenrechnung
- 73 Bescheinigung
- 74 Zusätzliche Erläuterung
- 75 Gesamtübersicht

76 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Mitglieder

- 77 Mitglieder des Vorstandes
- 78 Mitglieder des Vereins
- 80 Mitglieder des Kuratoriums
- 81 Mitglieder des
Auswahlausschusses

82 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

90 Anschriften

92 Impressum

Organisationsplan

Stand: Juni 2014

Vorstand	
Vorsitzender MP a.D. Kurt Beck	Stellvertretende Vorsitzende MP'in Hannelore Kraft, Michael Sommer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt	
Politische Bildung und Beratung	
Politische Akademie Reinhard Weil	Politischer Dialog Dr. Manuela Erhart
Wirtschafts- und Sozialpolitik Dr. Andrä Gärber	Internationale Entwicklungszusammenarbeit Christiane Kesper
Kommunikation und Grundsatzfragen ¹ Vesna Rodić	Landes-/ Regionalbüros
Pressestelle Berlin Peter Donaïski	Baden-Württemberg Fritz-Erler-Forum (Stuttgart) Dr. Sabine Fandrych
Zentrale Aufgaben ¹ Dr. Marc Meinardus	Bayern BayernForum (München) Alina Fuchs
Koordination Gender Bettina Luise Rürup	Regensburg Harald Zintl
Revision / Antikorruptionsbeauftragte ¹ Birgit K. Schultz	Hessen (Wiesbaden) Nicole Nestler
Datenschutz ¹ Volker Ninnemann	Nordrhein-Westfalen (Bonn) Petra Wilke
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Helga Reuter	Rheinland-Pfalz/ Saarland (Mainz) Dr. Martin Gräfe
Betriebsrat	Kurt-Schumacher-Akademie (Bad Münstereifel) Axel Schmidt
Gesamtbetriebsrat: Dr. Tobias Mörschel	Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel
BR Bonn: Toni Henseler	Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum (Hamburg) Dr. Peter Hurrelbrink
BR Berlin: Monika Schneider	Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Frederic Werner
BR Bad Münstereifel: Agnes Gergely	Niedersachsen (Hannover) Urban Überschar
	Sachsen (Leipzig) Matthias Eisel
	<i>(Außenstelle Dresden)</i> Christoph Wielepp
	Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Astrid Becker
	Thüringen (Erfurt) Dr. Paul Pasch
	Forum Politik und Gesellschaft Bettina Luise Rürup
	Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie
	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Prof Dr. Thomas Meyer
	Forum Berlin Dr. Irina Mohr
	Rechtspolitik, Innere Sicherheit, BerlinPolitik, Staatsmodernisierung, Gegen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Religion und Politik, Kulturpolitik
	Landes-/ Regionalbüros
	Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel
	Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum (Hamburg) Dr. Peter Hurrelbrink
	Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Frederic Werner
	Niedersachsen (Hannover) Urban Überschar
	Sachsen (Leipzig) Matthias Eisel
	<i>(Außenstelle Dresden)</i> Christoph Wielepp
	Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Astrid Becker
	Thüringen (Erfurt) Dr. Paul Pasch
	Forum Politik und Gesellschaft Bettina Luise Rürup
	Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie
	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Prof Dr. Thomas Meyer
	Forum Berlin Dr. Irina Mohr
	Rechtspolitik, Innere Sicherheit, BerlinPolitik, Staatsmodernisierung, Gegen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Religion und Politik, Kulturpolitik
	Landes-/ Regionalbüros
	Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel
	Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum (Hamburg) Dr. Peter Hurrelbrink
	Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Frederic Werner
	Niedersachsen (Hannover) Urban Überschar
	Sachsen (Leipzig) Matthias Eisel
	<i>(Außenstelle Dresden)</i> Christoph Wielepp
	Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Astrid Becker
	Thüringen (Erfurt) Dr. Paul Pasch
	Arbeit und Qualifizierung Ruth Brandherm
	Gesundheitspolitik und Alterssicherung Severin Schmidt
	Gewerkschaften Michael Fischer
	Nachhaltige Strukturpolitik Dr. Philipp Fink
	Migration und Integration Günther Schultze
	Verbraucher / Mittelstand Dr. Robert Philipps
	Verkehr und Stadtentwicklung / Steuerpolitik René Bormann
	Wirtschafts- und Finanzpolitik / Außenwirtschaft Markus Schreyer
	Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ¹ Dr. Marc Meinardus
	Afrika Manfred Öhm
	Gewerkschaften: Sergio Grassi
	Asien und Pazifik Jürgen Stetten
	Gewerkschaften: Bastian Schulz
	Lateinamerika und Karibik Dr. Svenja Blanke
	Gewerkschaften: Katja Meyer
	Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Dr. Ralf Hexel
	Gewerkschaften: Martin Johr
	Globale Politik und Entwicklung Jochen Steinhilber
	Globalisierung: Hubert Schillinger
	Frieden und Sicherheit: Marius Müller-Hennig
	Klima und Energie: Nina Netzer
	Menschenrechte: Frederike Boll
	Koordinierungsaufgaben Gewerkschaftskoordination international: Mirko Herberg
	Evaluierung/ Qualitätsmanagement Thomas Mättig

**Mitgliederversammlung des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung**
Kuratorium
Wissenschaftliche Arbeit
Verwaltung

Internationaler Dialog Dr. Alexander Kallweit	Studienförderung Dr. Beate Bartoldus	Archiv der sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke	Finanzen und Organisation Dr. Joachim Schubert	Personalabteilung Dr. Jürgen Brummel
Westeuropa/ Nordamerika Anne Seyffert	Auswahl Marianne Braun	Organisationsbestände Michael Oberstadt	Controlling und Organisation Fritz Kopsieker	Grundsatzfragen Maria Theodossiou
Mittel- und Osteuropa Dr. Reinhard Krumm	Beratung und Betreuung Elena Espinosa	Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz	Informationstechnologien Peter Bujny	Abrechnung Ausland Julia Büllfeld Laura Dietrich Katharina Kohr Michael Kramer Ariane Rödel Sabina Tariq
Internationale Politikanalyse Dr. Ernst Hillebrand	Promotionsförderung Dr. Ursula Bitzegeio	Public History Dr. Meik Woyke	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt	Abrechnung Inland Sener Dogan Reinhold Merten
Koordinierungsaufgaben Gewerkschaften: Jörg Bergstermann	Ausländische Stipendiat_innen Kathrein Hölscher	Karl-Marx-Haus Trier Karl P. Salm	Projektabrechnung Jutta Klemm	
	Individuelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk Jens-Uwe Hettmann	Bibliothek Jacques Paparo	Hausmanagement Diana Gohle	
	Ehemalige, Berufsorientierung, journalistische Nachwuchsförderung Iva Figenwald	Katalog und wissenschaftliche Dienste Regine Schoch	Koordination Konferenzzentrum Berlin Tino Ernst	
	Vertrauensdozent_innen Henriette Hättich	Periodika / Benutzung Jacques Paparo		
	Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien Johanna Niesyto			
	Bildungs- und Hochschulpolitik Marei John-Ohnesorg			

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

² Durch die FES gefördert

Jahresabschluss

Bilanz zum 31.12.2012

Aktiva

Angaben in Euro

	01.01.2012	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge	31.12.2012	31.12.2011
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	377.448,00	143.973,69	226.845,69	294.576,00	377.448,00
2. Grundstücke und Bauten	58.841.597,96	874.880,31	1.881.599,31	57.834.878,96	58.841.597,96
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.214.166,89	697.779,08	924.872,20	5.987.073,77	6.214.166,89
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	797.293,68	-797.293,68	0,00	0,00	797.293,68
	66.230.506,53	919.339,40	3.033.317,20	64.116.528,73	66.230.506,53
II. Finanzanlagen	19.475.105,77	11.659.907,50	0,00	31.135.013,27	19.475.105,77
	85.705.612,30	12.579.246,90	3.033.317,20	95.251.542,00	85.705.612,30
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.303.445,07	8.319.771,46
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				22.505.856,44	18.946.082,25
II. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere				605.283,74	5.577.198,21
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten				9.838.193,21	17.514.090,14
				32.949.333,39	42.037.370,60
D. Rechnungsabgrenzungsposten				3.143,29	3.192,57
				136.507.463,75	136.065.946,93

Passiva

Angaben in Euro

	1.1.2012	Zuführungen	Umbuchungen/ Umgliederung	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2012	31.12.2011
A. Rücklagen						
I. Allgemeine Rücklagen	24.425.401,07	0,00	0,00	4.561.358,67	19.864.042,40	24.425.401,07
II. Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 AO	9.170.984,10	343.443,24	0,00	0,00	9.514.427,34	9.170.984,10
III. Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO	14.952.180,39	3.590.499,08	0,00	0,00	18.542.679,47	14.952.180,39
IV. Rücklage gemäß § 58 Nr. 11 AO	13.338.749,73	0,00	0,00	0,00	13.338.749,73	13.338.749,73
	61.887.315,29	3.933.942,32	0,00	4.561.358,67	61.259.898,94	61.887.315,29
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	377.392,00	143.973,69	0,00	226.789,69	294.576,00	377.392,00
II. Grundstücke und Bauten	40.539.458,51	77.346,76	797.293,68	1.515.706,25	39.898.392,70	40.539.458,51
III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.169.218,88	661.363,56	0,00	801.006,47	4.029.575,97	4.169.218,88
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	797.293,68	0,00	-797.293,68	0,00	0,00	797.293,68
	45.883.363,07	882.684,01	0,00	2.543.502,41	44.222.544,67	45.883.363,07
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen					8.303.445,07	8.319.771,46
D. Rückstellungen					2.250.511,00	2.332.765,00
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					1.876.753,50	1.274.071,85
II. Sonstige Verbindlichkeiten					15.024.996,78	10.998.869,65
					16.901.750,28	12.272.941,50
F. Rechnungsabgrenzungsposten					3.569.313,79	5.369.790,61
					136.507.463,75	136.065.946,93

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1.1. bis 31.12.2012

Angaben in Euro

	2012		2011	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	142.175.695,51		133.798.420,73	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.593.589,00		2.589.199,32	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	2.259.704,63	147.028.989,14	3.411.108,54	139.798.728,59
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	322.490,04		257.851,00	
b) Wissenschaftliche Zwecke	0,00		100.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	257.759,74	580.249,78	278.433,70	636.284,70
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.543.502,41		2.545.135,05
4. Teilnahmegebühren		810.220,76		886.175,70
5. Sonstige Erträge		1.614.695,33		1.678.310,36
		152.577.657,42		145.544.634,40
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	20.471.285,63		20.096.386,97	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	21.234.014,76		22.000.255,24	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	84.012.739,61		76.329.331,09	
d) Forschungsprojekte	6.234.605,73		6.393.466,83	
e) Förderung von Kunst und Kultur	111.013,84	132.063.659,57	105.419,01	124.924.859,14
7. Abschreibungen		3.033.317,20		3.044.396,93
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		882.684,01		2.013.607,58
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		17.068.288,12		16.221.817,94
10. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinnahmen) aus laufendem Betrieb		-470.291,48		-660.047,19
11. Finanzergebnis		-111.660,06		-1.298.567,34
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-581.951,54		-1.958.614,53
13. Außerordentliche Aufwendungen (= Außerordentliches Ergebnis)		-45.464,81		-45.634,83
14. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinnahmen)		-627.416,35		-2.004.249,36
15. Entnahme aus der allgemeinen Rücklage		4.561.358,67		4.784.705,72
16. Zuführung zur Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 und 7a AO		-3.933.942,32		-2.780.456,36
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2012 (Stand 31.12.2012):

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2012	31.12.2013
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Bonn	276	274
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Berlin	163	164
Mitarbeiter/-innen in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	82	81
Auslandsmitarbeiter/-innen*	96	98
Insgesamt	617	617

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) keine sonstigen Rückstellungen angesetzt werden, das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten angesetzt ist und keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen werden sowie Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen werden.

Köln, den 20. September 2013
KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.
Hillesheim
Wirtschaftsprüfer

Brandt
Wirtschaftsprüfer

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landespartei vorstände besetzt waren (Stand: 31.12.2013):

Von den 11 Mitgliedern des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktionen,
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag,
- ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landespartei vorstandes).

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: Keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen.

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterung zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2012 größter einzelner Zuwendungsgeber.

69,0 Mio. € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden 11,0 Mio. € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ 73 T€ als Sondermittel für Myanmar sowie 1,9 Mio. € für den Internationalen Klima- und Umweltschutz. Die enthaltenen Verwaltungskostenzuschüsse betragen 67 T€. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 82 Mio. €.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit.

Der Zuschuss i. H. v. 31,2 Mio. € wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung zeitgeschichtlich bedeutsamer Materialien von Parlamentariern. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der dazu gehörenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. In dem o.g. Betrag sind 28 T€ als Zuschuss für die Zeitschriften der Politischen Stiftungen enthalten.

Neben dem Globalzuschuss erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern 4,0 Mio. € für die Baukosten des zweiten Hauses in Berlin.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 16,0 Mio. € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 2,3 Mio. € wurden dabei als Verwaltungskostenpauschale bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,5 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduiertler in der Bundesrepublik. Weitere 4,8 Mio. € werden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Mittel i. H. v. 860 T€ zur Intensivierung der europäischen Integration sowie zur Förderung demokratischer Strukturen in Nordafrika.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfallen beim Auswärtigen Amt insgesamt 1,1 Mio. €.

Insgesamt erhöhten sich die Bundes-Zuwendungen gegenüber 2011 um 8,4 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 6,7 Mio. €, die Mittel des BMI um 0,1 Mio. € sowie die AA-Mittel um 1,8 Mio. € stiegen, während die BMBF-Zuwendung um 0,2 Mio. € abnahm.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Veranstaltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,6 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungs-politischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 164 T€ zugewendet.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 734 T€), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (24 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (214 T€), Kostenerstattungen (86 T€), Erträge aus Anlageerlösen (letzte Rate aus dem Verkauf einer Immobilie in Bergneustadt, 50 T€) sowie übrige Erträge (273 T€).

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2012 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 30,4 Mio. € und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 23,9 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,5 Mio. €.

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 2,0 Mio. € enthalten.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 15,2 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzen sich zusammen aus 27 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 1,1 Mio. € für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn sowie für die Verwaltung des Karl-Marx-Hauses in Trier.

Das Sachanlagevermögen der Stiftung betrug zum 31.12.2012 insgesamt 64,1 Mio. € (siehe Bilanz).

Zur Position »Zuführung zum Sonderposten...« siehe Bilanz, Passiva, B I-IV.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung beliefen sich auf 580 T€. Die Spenden sind eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen.

810 T€ wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 1,6 Mio. € wurden erlost durch sonstige Leistungen der Stiftung (Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen. Solche Vermögenszuflüsse aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Gesamtübersicht der im Haushalt 2014 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

Stand: 15. Januar 2014

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	139.592.862
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	2.576.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	1.366.400
2. Spenden	430.000
3. Teilnehmergebühren	1.004.000
4. Sonstige Einnahmen	554.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studenten und Graduierten</i>	27.128.701
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)</i>	18.531.933
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	81.759.805
<i>Veröffentlichungen</i>	
<i>Forschungsprojekte</i>	4.931.319
<i>Förderung von Kunst und Kultur Sonstige Projektausgaben</i>	164.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter *	
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	12.786.505
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen / Aufwendungen für Abschreibungen	221.000
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	
	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	30.039.472 €
Darin sind für Löhne und Gehälter enthalten:	23.093.900 €
Die sozialen Abgaben betragen:	6.945.572 €

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;

- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstandes

Stand: Juni 2014

Vorsitzender

Kurt Beck

Stellvertretende Vorsitzende

Hannelore Kraft

Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

und Geschäftsführer

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Jürgen Burckhardt

Sabine Kaspereit

Barbara Ludwig

Dr. Werner Müller

Dr. Rolf Mützenich

Matthias Platzeck

Ehrenvorsitzende

Holger Börner †

Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

Stand: Juni 2014

Dr. Gerd Andres

Prof. Dr. Egon Bahr

Kurt Beck

Prof. Dr. Helmut Berding

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn

Ilse Brusi

Heinz Bühringer

Edelgard Bulmahn

Dr. Jürgen Burckhardt

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Heide Dörrhofer-Tucholski

Garrelt Duin

Martin Dulig

Prof. Dr. Horst Ehmke

Hans Eichel

Dr. Gernot Erler

Petra Ernstberger

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Irmgard Gaertner-Fichtner

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Prof. Dr. Helga Grebing

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff

Dr. Horst Heidermann

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks

Dr. Diether Hoffmann

Prof. Dr. Uwe Holtz

Dr. Reinhard Höppner

Antje Huber

Berthold Huber

Hedda Jungfer

Johannes Kahrs

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Klaus-Dieter Kühbacher

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Jürgen Linde

Barbara Ludwig

Dr. Anke Martiny

Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich

Andrea Nahles

Dietmar Nietan

Thomas Oppermann

Aydan Özoguz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Christa Randzio-Plath

Mitglieder des Kuratoriums

Stand: Juni 2014

Vorsitzende

Ingrid Matthäus-Maier

Mitglieder

Doris Ahnen

Richard Becker

Prof. Dr. Wilhelm Bender

Prof. Dr. Helmut Berding

Siegfried Bleicher

Dr. Rolf Böhme

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Wolf-Michael Catenhusen

Harro Uwe Cloppenburg

Rudolf Dreßler

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Dr. Erhard Eppler

Dr. Katharina Focke

Ingeborg Friebe

Florian Gerster

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dr. Peter Heinemann

Dr. Christine Hohmann-Dennhardt

Helmut Hubacher

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka

Prof. Dr. Heiko Körner

Prof. Tomas Kosta

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Edith Niehuis

Karl Otto Pöhl

Dr. Winfried Polte

Barbara Prammer

Dr. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Karin Schubert

Dr. Mário Soares

Prof. Dr. Hartmut Soell

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Dr. Hans-Jochen Vogel

Dr. Klaus von Dohnanyi

Berndt von Staden

Gerd Walter

Gerd E. Weers

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

Stand: Juni 2014

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadir

Dr. Beate Bartoldus

Prof. Dr. Hans-H. Bass

Prof. Dr. Christian Bernzen

Christine Biehler

Prof. Dr. Monika Böhm

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier

Dr. Michael Dauderstädt

Dr. Dorothee de Nève

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Christine Färber

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Charlotte Gaitanides

Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay

Dr. Yvette Gerner

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Eberhard E. Grötsch

Prof. Dr. Harald Hagemann

Prof. Dr. Uwe Haneke

Dr. Peter Hantel

Prof. Dr. Dr. Ernest W.B. Hess-Lüttich

Prof. Dr. Gunther Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Rainer Jonas

Dr. Alexander Kallweit

Prof. Dr. Heidrun D. Kämper

Dr. Thomas Keidel

Dr. Ernst-J. Kerbusch

Prof. Dr. Christopher Kopper

Evelin Manteuffel

Prof. Dr. Peter Mayer

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Dr. Melanie Morisse-Schilbach

Prof. Dr. Andreas Mücklich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Dr. Yvonne Ott

Prof. Dr. Rachid Ouaisa

Prof. Dr. Anita Pfaff

Petra Popp

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Hermann Rösch

Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Dietmar Süß

Prof. Dr. Walter Thomi

Prof. Dr. Peter Vorderer

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. Ulrike Wendeling-Schröder

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Stand: Juni 2014

Aachen

Dr. Maysoun Zein Al Din

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Max Kerner

Prof. Dr. Helmut König

Prof. Dr. Hermann Wagner

Augsburg

Dr. Florian Freund

Hochschule Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich

Universität Augsburg

Prof. Dr. Valentin Kockel

Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim

Baden Baden

Silke Hillesheim

Bad Dürkheim

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

Bamberg

Universität

Dr. Sebastian Krapohl

Prof. Dr. Frank Westerhoff

Bayreuth

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

Berlin

Dr. Hans-Peter Böhm

Prof. Dr. Ernst Cloer

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim
Gießmann

Prof. Dr. Lydia Haustein

Dr. Ernst Hillebrand

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Dr. Stefan Klose

Gerhard Lechleitner

Dr. Andreas Linde

Norbert, Lippok

Dr. Klaus Lommatzsch

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Timo Noetzel

Prof. Dr. Sven Papcke

Prof. Dr. Reinhard Rürup

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. Manuela Spindler

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karimi

Alice Salomon-Fachhochschule

Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé

Evangelische Fachhochschule

Prof. Dieter-Peter Weber

Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Holm Sundhausen

Hertie-School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Prof. Dr. Andrea Römmele

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Dr. Volker

Boehme-Neßler

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Holger Rogall

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Peter Burschel

Prof. Dr. Andreas Eckert

PD Dr. Roland Francis

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Daniela Munkel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Dr. Julia Laura Rischbieter

Prof. Dr. Wolfgang Scholl

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Prof. Dr. Rolf Grigorieff

Prof. Dr. Michael Pohst

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Bielefeld

Universität

Prof. Dr. Alfred Greiner

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Jan Wirrer

Prof. Dr. Véronique Zanetti

Bochum

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger
 Prof. Dr. Bernd Faulenbach
 Prof. Dr. Stefan Goch
 Prof. Dr. Traugott Jähnichen
 Prof. Dr. Klaus Kost
 Prof. Dr. Adina C. Rusu
 Dr. Manfred Wannöffel

Bonn

Dr. Christian von Haldenwang
 Dr. Alexandra von dem Knesebeck
 Dr. Anja Kruke

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
 Prof. Dr. Dieter Dowe
 Prof. Dr. Solvay Gerke
 Prof. Dr. Doris Lucke
 Prof. Dr. Karlheinz Niclaus
 Prof. Dr. Michael Schneider
 Dr. Arne Schneidewind

Brandenburg**Fachhochschule**

Prof. Dr. Burghilde
 Wieneke-Toutaoui

Braunschweig**Technische Universität**

Prof. Dr. Katja Koch
 Prof. Dr. Hermann Wätzig

Bremen

Prof. Dr. Gerd Turowski

Hochschule

Prof. Dr. Corinna Grün
 Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Phillip Genschel
 Prof. Dr. Gerd-Volker
 Rösenthaller
 Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
 Dr. Yvonne Pörzgen
 Prof. Dr. Ursula Rust
 PD Dr. Cordula Weißköppel
 Dr. Janna Wolff
 Dr. Arndt Wonka

Chemnitz**Technische Universität**

Prof. Dr. Rudolf Boch
 Prof. Dr. Stefan Garsztecki

Coburg**Fachhochschule**

Iris Piper

Cottbus

Dr. Tilo Biesecke

Darmstadt**Technische Universität**

Prof. Dr. Gerd Lautner
 Dr. Sonja Zmerli

Dortmund**Universität**

Prof. Dr. Wilfried Bos
 Prof. Dr. Frank Lobigs

Dresden**Technische Universität**

Prof. Dr. Peter Gründler
 Prof. Dr. Wolfgang Melzer
 Prof. Dr. Christian Prunitsch
 Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
 Dr. Marina Scharlaj
 Dr. Mike Schmeitzner
 Klemens Schrenk / verstorben
 Dr. Swen Steinberg

Duisburg

Dr. Thomas Reichel

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
 Prof. Dr. Rolf Dobischat
 Prof. Dr. Heike Roll

Düsseldorf**Fachhochschule**

Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
 Prof. Dr. Guido Thiemeyer

Eberswalde**Fachhochschule für Forstwirtschaft**

Prof. Dr. Peter Spathelf

Eichstätt**Katholische Universität**

Prof. Dr. Stefan Schieren

Eisenach

Prof. Dr. Dorothea Hegele

Elmenhorst

Prof. Dr. Hartmut Krienke

Erfurt

FachhochschuleProf. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth**Universität**Prof. Dr. Manfred Baldus
Dr. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

Erlangen-Nürnberg

UniversitätProf. Dr. Werner K. Blessing
Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Dr. Karin Falkenberg
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

Essen

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Peter Ulrich Hein

Esslingen

HochschuleProf. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

Flensburg

UniversitätProf. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker

Frankfurt / Main

Dr. Julie Strube
Dr. Ulrich Walter**FRA School of
Finance & Management**

Prof. Dr. Adalbert Winkler

UniversitätProf. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Prof. Dr. Ingwer Ebsen
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Ulfrid Neumann
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

Frankfurt / Oder

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Albrecht Söllner

Freiburg

Prof. Dr. Peter Gotthardt

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

UniversitätProf. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Wolfgang Eßbach
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

Fulda

FachhochschuleProf. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

Furtwangen

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Strobach

Gelsenkirchen

Westfälische HochschuleProf. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Stephan Kress
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

Gießen

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

UniversitätProf. Dr. Stephan Bröchler
Prof. Dr. Philipp Dann
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Gerhard Kurz
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

Göttingen

UniversitätProf. Dr. Stephan Klasen
Prof. Dr. Volker Lipp
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Franz Walter

Greifswald

UniversitätProf. Dr. Dr. Hans-Robert
Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller
Dr. Klavdia Smola

Hagen

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt
Prof. Dr. Reinhard Wendt

Halle

Dr. Jutta Günther

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands

Hamburg

Dr. Stephan Bakan
Prof. Dr. Jens Flemming
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Prof. Dr. Friedrich Koch
Prof. Dr. Dieter Martiny
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Sven Tode
Prof. Dr. Jürgen Voss

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönna

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Universität

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Prof. Dr. Barbara Brüning
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Fritz Sack
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Arndt Schmehl
Prof. Dr. Benno Stinner
Prof. Dr. Barbara Vogel
Prof. Dr. Bernd-Jürgen Wendt

Hannover

Hochschule

Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Prof. Dr. Knut Gerlach
PD Dr. Alexander Kochinka
Dr. Tonio Oeftering
Prof. Dr. Manfred Walther

Heidelberg

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Dieter Nohlen
Prof. Dr. Hartmut Soell
Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Hildesheim

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Iserlohn

Prof. Dr. Volker Busch
Prof. Dr. Stefan Lennardt

Jena

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Staatssekretär Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt

Kaiserslautern

Technische Universität

Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Karlsruhe

Universität und Institut für Technologie

Prof. Dr. Ulrich Schurath
 Prof. Dr. Hans-Peter Schütt
 Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

Kassel

Universität

Dr. Minou Isabel Banafsche
 Prof. Dr. Sonja Buckel
 Prof. Dr. Helmut Holzapfel
 Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
 Prof. Dr. Felix Welti

Kehl

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

Kiel

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
 Prof. Dr. Federico Foders
 Prof. Dr. Gerhard Igl
 Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl
 Prof. Dr. Klaus Potthoff

Koblenz/Landau

Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

Köln

Dr. Matthias von Hellfeld
 Dr. Christiane Kling-Mathey
 Prof. Dr. Harald Kundoch
 Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Fachhochschule

Prof. Dr. Harald Hofmann

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
 Dr. Claudia Nikodem
 Dr. Meik Woyke

Konstanz

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy
 Prof. Dr. Sven Jochem
 Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
 Prof. Dr. Wolfgang Seibel
 Prof. Dr. Clemens Wischermann

Leipzig

Dr. Jens A. Katzek

Fachhochschule Nordhessen

Zweigstelle Leipzig

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg
 Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
 Prof. Dr. Cornelia Exner
 Prof. Dr. Christian Fandrych
 Prof. Dr. Birgit Harreß
 Prof. Dr. Hartmut Keil
 Prof. Dr. Alfons Kenkmann
 Prof. Dr. Thomas Lenk
 Prof. Dr. Harald Morgner
 Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

Lübeck

Universitätsklinikum

PD Dr. Sebastian Stehr

Ludwigsburg

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Ludwigshafen

Fachhochschule

Prof. Dr. Karin A. Kersting
 Prof. Dr. Fritz Unger

Lüneburg

Universität

Prof. Dr. Sebastian Elischer
 Prof. Dr. Ulrich Günther
 Prof. Dr. Axel Halfmeier
 Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn
 Prof. Dr. Wolfgang Ruck
 Prof. Dr. Michael Schefczyk

Lüneburg/Schnega

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

Magdeburg

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
 Prof. Dr. Susanne Metzner
 Prof. Dr. Claudia Wendel
 Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer
 Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann
 Prof. Dr. Wolfgang Rensch

Mainz

Dr. Katarina Barley
 Dr. Morna Gruber (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas
 Prof. Dr. Gerd Mielke
 Prof. Dr. Johannes Paulmann
 Prof. Dr. Oliver Scheiding

Mannheim

Andrea Gronemeyer
 Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Universität

Prof. Dr. Michael Erbe
 Dr. Felix Hörisch
 Dr. Benjamin Müller
 Prof. Dr. Peter Steinbach

Marburg

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler
 Prof. Dr. Thomas Noetzel
 Prof. Dr. Harald Renz
 Prof. Dr. Karl August Seitz

Merseburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

München

Dr. Meret Forster
 Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
 Dr. Ludwig Maaßen
 Michael Marco Schönlein
 Dr. Heribert Staudacher
 Dr. Hans Wegner
 Dr. Jürgen Zarusky

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
 Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
 Prof. Dr. Constanze Giese

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

Prof. Dr. Maria Isabel
 Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Manfred Broy
 Prof. Dr. Jutta Roosen

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
 Dr. Christian Alexander Braun
 Prof. Dr. Martin H. Geyer
 Dr. Susanne Krones
 Dr. Anna Leuchtweis
 Prof. Dr. Berthold Rittberger
 Prof. Dr. Ulrich Schroth
 Dr. Jasmin Siri
 Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Münster

Fachhochschule

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Christian Blodau
 Prof. Dr. Peter Burg
 Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
 Dr. Matthias Freise
 Prof. Dr. Thomas Großbölting
 Prof. Dr. Norbert Schläbitz
 Prof. Dr. Christoph Weischer

Nürnberg (Stein)

Dr. Andrea König

Nürtingen**Fachhochschule**

Prof. Dr. Willfried Nobel

Oldenburg

Prof. Dr. Ernst Kuper

Universität

Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde

Osnabrück**Universität**

Prof. Dr. Wolfgang Junge
 Prof. Dr. Helmut Voelzkow

Osnabrück (Bünde)

Dr. Andrea Behrenswerth

Ottobrunn

Prof. Dr. Jürgen Gebhardt

Paderborn

Universität-Gesamthochschule
Dr. Dirk Prior

Passau

Prof. Dr. Rudolf Emons
Prof. Dr. Klaus P. Hansen**Universität**

Prof. Dr. Guido Pollak

Potsdam

UniversitätProf. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Georg Küpper
Prof. Dr. Thomas von Winter

Ravensburg

Duale HochschuleBaden-Württemberg
Prof. Dr. Ernst Deuer

Regensburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Rolf König

UniversitätDr. Sonja Emmerling
Dr. Katharina Hilbig-Lugani
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

Reutlingen

FachhochschuleProf. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

Saarbrücken

UniversitätProf. Dr. Lutz Götze
Prof. Dr. Volker Köllner
Prof. Dr. Roland Rixecker
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

Sankt Augustin

Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Siegen

UniversitätProf. Dr. Gerold Ambrosius
Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Heiko Ihmels
Prof. Dr. Tim Spier

Speyer

Universität für**Verwaltungswissenschaften**Prof. Dr. Gisela Färber
Dr. Hannes Kopf

Stralsund

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

Stuttgart

Dr. Christine Heinke

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

UniversitätProf. Dr. Dr. Ulli Arnold
Prof. Dr. Klaus-Peter Brinkhoff
Prof. Dr. Gerd de Bruyn
Prof. Dr. Rudolf Large

Trier

FachhochschuleProf. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger**Universität**Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Gerhard Robbers
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

Tübingen

Prof. Dr. Helmut Goerlich

UniversitätProf. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

Tutzing

Dr. Michael Mayer

Ulm

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

Vechta

UniversitätProf. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

Weingarten

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

Wernigerode

**Hochschule Harz für
Wirtschaft und Technik**
Prof. Dr. Armin Willingmann

Wiesbaden

EBS Univ. Wirtschaft und Recht
Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain
Prof. Dr. Jiri Sobota

Wildau

Fachhochschule für Technik
Prof. Dr. Marco Althaus

Wismar

**Hochschule für Technik
und Wirtschaft**
Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-
Hoffmeister

Witten / Herdecke

Universität
Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

Wuppertal

Bergische Universität
Prof. Dr. Georg Pegels
Prof. Dr. Ute Planert
Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Würzburg

Fachhochschule
Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität
Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-
Bocquet

Ausland

Belgien
Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz
Dr. Karsten Rudolph

Dänemark
Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

Frankreich
Dr. Falk Bretschneider

Großbritannien
Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

Niederlande
Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Thomas Conzelmann
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

Polen
Prof. Dr. Klaus Ziemer

Schweiz
Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

Tschechische Republik
Prof. Dr. Hans Leo Krämer

Anschriften

Stand: Juni 2014

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn

Postadresse:
53170 Bonn

Haus- / Lieferadresse:
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-0
Telefax 0228 883-9207
presse@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28
10785 Berlin
Telefon 030 26935-6
Telefax 030 26935-9244

Archiv der sozialen Demokratie

Dr. Anja Kruke
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-9046
(Information Archiv)
Telefax 0228 883-9209
archiv.auskunft@fes.de
www.fes.de/archiv

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jacques Paparo
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-9056
(Information Bibliothek)
Telefax 0228 883-9220
ausleihe@fes.de
fachauskunft@fes.de
fernleihe@fes.de
www.library.fes.de

Karl-Marx-Haus

Karl P. Salm
Brückenstrasse 10
54290 Trier
Telefon 0651 97068-0
Telefax 0651 97068-140
info.trier@fes.de
www.fes.de/karl-marx-haus

Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Beate Bartoldus
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-7902
Telefax 0228 883-9225
www.fes.de/studienfoerderung

AKADEMIEN, REGIONAL- UND LANDESBÜROS:

Baden-Württemberg

**Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg**
Dr. Sabine Fandrych
Werastraße 24
70182 Stuttgart
Telefon 0711 248394-3
Telefax 0711 248394-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de

Bayern

BayernForum
Alina Fuchs
Prielmayerstraße 3
80335 München
Telefon 089 515552-40
Telefax 089 515552-44
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl
Richard-Wagner-Straße 5
93055 Regensburg
Telefon 0941 794759
Telefax 0941 795613
regensburg@fes.de
www.fes-regensburg.de

*Akademien gefördert durch die
Friedrich-Ebert-Stiftung*

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.

Akademie Frankenwarte
Karl-Heinz Spiegel
Leutfresserweg 81–83
97082 Würzburg
Telefon 0931 80464-0
Telefax 0931 80464-26
info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. Bildungsstätte Kochel

Schloss Aspenstein
Roland Eichmann
Am Aspensteinbichl 9–11
82431 Kochel am See
Telefon 08851 78-0
Telefax 08851 78-23
info@vollmar-akademie.de
www.vollmar-akademie.de

Berlin

Forum Berlin Arbeitsbereich BerlinPolitik

Dr. Irina Mohr
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Telefon 030 26935-7307
Telefax 030 26935-9240
forumberlin@fes.de
www.fes-forumberlin.de

Brandenburg

Landesbüro Brandenburg

Eugen Meckel
 Hermann-Elflein-Straße 30/31
 14467 Potsdam
 Telefon 0331 292555
 Telefax 0331 2803356
 potsdam@fes.de
 www.fes.de/Potsdam

**Bremen, Hamburg,
 Schleswig-Holstein**

**Julius-Leber-Forum
 Büro für die Bundesländer
 Bremen, Hamburg,
 Schleswig-Holstein**

Dr. Peter Hurrelbrink
 Rathausmarkt 5
 20095 Hamburg
 Telefon 040 325874-0
 Telefax 040 325874-30
 hamburg@fes.de
 www.julius-leber-forum.de

Hessen

Landesbüro Hessen

Nicole Nestler
 Marktstraße 10
 65183 Wiesbaden
 Telefon 0611 341415-0
 Telefax 0611 341415-29
 landesbuero.hessen@fes.de
 www.fes.de/hessen

Mecklenburg-Vorpommern

**Landesbüro
 Mecklenburg-Vorpommern**

Frederic Werner
 Arsenalstraße 8
 19053 Schwerin
 Telefon 0385 5125-96
 Telefax 0385 5125-95
 info.schwerin@fes.de
 www.fes-mv.de

Niedersachsen

Landesbüro Niedersachsen

Urban Überschär
 Theaterstraße 3
 30159 Hannover
 Telefon 0511 357708-30
 Telefax 0511 357708-40
 niedersachsen@fes.de
 www.fes.de/niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Landesbüro NRW

Petra Wilke
 Godesberger Allee 149
 53170 Bonn
 Telefon 0228 883-7202
 Telefax 0228 883-9208
 landesbuero-nrw@fes.de
 www.fes.de/landesbuero-nrw

Kurt-Schumacher-Akademie

Axel Schmidt
 Willy-Brandt-Straße 19
 53902 Bad Münstereifel
 Telefon 02253 9212-0
 Telefax 02253 8091
 muenstereifel@fes.de
 www.kurt-schumacher-akademie.de

Rheinland-Pfalz

**Regionalbüro
 Rheinland-Pfalz und Saarland**

Dr. Martin Gräfe
 Große Bleiche 18 –20
 55116 Mainz
 Telefon 06131 96067-0
 Telefax 06131 96067-66
 mainz@fes.de
 www.fes.de/mainz

Sachsen

Landesbüro Sachsen

Matthias Eisel
 Burgstrasse 25
 04109 Leipzig
 Telefon 0341 960-2431
 Telefax 0341 960-5091
 sachsen@fes.de
 www.fes.de/sachsen

Aussenstelle Dresden

Christoph Wielepp
 Obergraben 17a
 01097 Dresden
 Telefon 0351 80468-03
 Telefax 0351 80468-05
 drnmail@fes.de
 www.fes.de/dresden

Sachsen-Anhalt

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Astrid Becker
 Otto-von-Guericke-Straße 65
 39104 Magdeburg
 Telefon 0391 56876-0
 Telefax 0391 56876-15
 info.magdeburg@fes.de
 www.fes.de/magdeburg

Thüringen

Landesbüro Thüringen

Dr. Paul Pasch
 Nonnengasse 11
 99084 Erfurt
 Telefon 0361 59802-0
 Telefax 0361 59802-10
 info.erfurt@fes.de
 www.fes-thueringer.de

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

www.fes.de

Redaktion

Peter Donaiski

Vesna Rodić

Katrin Dapp

Katja Ulanowski

Korrektorat

Werner Kurzawa

Übersetzung

TL Translationes GmbH

Herstellung

Katja Ulanowski

Gestaltung

NORDSONNE IDENTITY, Berlin

Bildnachweise

Bachmann, Boerner, Bollhorst, Flubacher, Geeck,

GPM, Himsel, Jülich, Kottmeier, Liebe, Noor,

Otto, Schicke, Zensen

Druck und Verarbeitung

Media-Print Informationstechnologie GmbH,

Paderborn

Geschichte History

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten
Prohibited by the National Socialists

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung
The FES is refounded.

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn

The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin.

A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.

The Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

FORT

GERECHTIG
INT

ZUSAM